

Norbert Blüm: Streikrecht bleibt unantastbar

Es geht um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesregierung hat klargestellt, daß es bei der beabsichtigten Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz ausschließlich darum geht, die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf zu sichern. In seiner Regierungserklärung am 12. 12. 1985 sagte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm unter anderem:

Tarifaufonomie gehört zu unserem Rechts- und Sozialstaat. Geordnete Sozialbeziehungen dienen der Tarifpartnerschaft. Zu geordneten Sozialbeziehungen gehört in einer freiheitlichen Gesellschaft auch das Notventil Arbeitskampf. Das Streikrecht gehört zu unserer Freiheit. Lohn- und Arbeitsbedingungen werden in einer freien Gesellschaft von den Tarifpartnern ausgehandelt. Das unterscheidet Soziale Marktwirtschaft von der kommunistischen Befehlswirtschaft, in der nicht gestreikt werden darf. Bei uns gibt es freie Gewerkschaften und das Streikrecht.

Wir brauchen starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände für eine funktionsfähige ordnungsstiftende Tarifaufonomie.

Es geht bei der Neuformulierung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz **nicht um das Streikrecht**, auch nicht um die Streikfähigkeit, sondern um die **Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit** im Arbeitskampf. Um nicht mehr, aber auch nicht um weniger.

■ Wir teilen nicht die Meinung, daß innerhalb der gesamten Branche für alle mittelbar vom Arbeitskampf betroffenen Arbeitnehmer kein Arbeitslosengeld gezahlt werden darf.

■ Wir bleiben auf dem Stand des geltenden Rechts. Stellvertreter-Streiks können auch nicht indirekt durch die Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden. Wir sichern es im Interesse der Tarifaufonomie gegen Mißbrauch und Mißverständnis.

■ Wir wollen durch verbesserte Nachprüfungsrechte der Bundesanstalt für Ar-

Der Kanzler zog eine positive Bilanz

Vor dem Bundesausschuß der CDU

Auf die ungewöhnlich großen Erfolge der Bundesregierung wies der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß der CDU am 9. Dezember im Bonner Konrad-Adenauer-Haus hin.

Redeauszüge ab **Seite 3**

Generalsekretär Heiner Geißler rief die Parteimitglieder zu kämpferischen Einsatz im bevorstehenden Wahlkampfjahr 1986 auf und analysierte die Situation der SPD. Redeauszüge ab **Seite 12**

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CDU Alfred Dregger gab einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Fraktion im Jahre 1985. Der Bericht wird im nächsten UiD als Dokumentation erscheinen. Auszüge aus der Rede von Alfred Dregger ab **Seite 18**

Walter Wallmann, Landesvorsitzender der CDU Hessen, gab den Mitgliedern einen Bericht über die rotgrüne Koalition in Hessen. Eine Zusammenfassung seines Berichtes finden Sie auf **Seite 21**

Einstimmig verabschiedete der Bundesausschuß eine Menschenrechtserklärung der CDU. **Seite 25**

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zum Jahreswechsel ein **CDU extra** unter dem Motto „**Alles Gute '86**“ herausgegeben. Näheres auf den **Seiten 30/31**.

beit verhindern, daß Arbeitskämpffolgen nur vorgetäuscht und der Arbeitsausfall willkürlich herbeigeführt wird.

Wir stellen klar: Wir lehnen Extrempositionen ab. Wir sind und bleiben eine Regierung der Mitte und eine Regierung des sozialen Ausgleichs.

Arbeitnehmer, laßt Euch nicht durch Falschmeldungen auf die Barrikaden treiben. Das Streikrecht bleibt unangetastet. Die Neutralität der Bundesanstalt gehört zu einem ordentlichen Arbeitskampf. Diese Neutralität stellen wir sicher, nicht mehr und nicht weniger.

Wir gehen unseren Weg.

Wir sind immer gesprächsbereit!

Sachliche Verbesserungsvorschläge treffen auf uneingeschränkte Aufnahme- und Prüfbereitschaft. Diffamierung treffen bei uns jedoch auf taube Ohren. Wir beugen uns nicht der Demagogie. Wir bleiben unbeeindruckt von Verdrehung und Verfälschung unserer Absichten. Wir gehen unseren Weg. Wir arbeiten für Partnerschaft, nicht für Klassenkampf.

(Siehe auch Dokumentation „Die Diskussion um den Neutralitätsparagrafen 116 AFG“ mit Auszügen aus der Regierungserklärung von Norbert Blüm im grünen Teil dieser Ausgabe.)

Helmut Kohl

Wir müssen unsere Erfolge auch den Mitbürgern weitersagen

Der Bericht des Parteivorsitzenden am Ende des Jahres 1985 umfaßt die Höhen und die Tiefen unserer Politik in diesem sehr schwierigen Jahr. Es ist jetzt drei Jahre her, seit dem wir die Regierungsverantwortung in Bonn übernommen haben. Wir haben in diesen drei Jahren ein großes Maß an Arbeit geleistet, und jeder kann erkennen, daß die Wende der deutschen Politik erreicht wurde.

Wenn man als Maßstab die dreizehn Jahre von 1969 bis Ende September 1982 nimmt, wenn man die tiefe wirtschaftliche Rezession bedenkt, die wir als Erb- last vorgefunden haben, wenn man weiß, wie schwierig es ist, eine solide Politik auch gegenüber unseren Mitbürgern deutlich zu machen und dafür Vertrauen und Zustimmung zu gewinnen, dann hat man eine Vorstellung von der Schwierigkeit des Weges, den wir in den letzten drei Jahren gegangen sind. Ich habe vor der Bundestagswahl am 6. März 1983 versprochen, daß wir zurückkehren wollen zu einer soliden Politik. Das hat breite Zustimmung gefunden, aber viele haben nicht verstanden, daß solide Politik auch Opfer von vielen verlangt. Unsere politischen Gegner, insbesondere natürlich die Sozialdemokratische Partei, nutzten die Chance, um mit einem hohen Maß an Demagogie gegen uns aufzutreten. Wir haben in diesen Tagen bei der Beratung des Etats 1986 auf einige Beispiele hingewiesen.

Ich will heute nur zwei davon nennen. Da

ist jenes Beispiel ungewöhnlicher Demagogie, die die Sozialdemokraten am Vorabend der Hamburger Bürgerschaftswahl Ende 1982 praktizierten. Was damals mit dem Stichwort Mietenlüge getrieben wurde, ist längst als demagogischer Taschenspielertrick entlarvt worden. Wir haben erlebt, wie mit allen Machtmitteln sozialdemokratischer Stadtverwaltungen die Wähler verunsichert und in Angst versetzt wurden. Wie unverantwortlich dies war, zeigt die Mietenentwicklung seitdem. Wir haben jetzt weitgehende Mietpreisstabilität und damit einen Zustand erreicht, der genau dem entspricht, was wir damals unseren Mitbürgern vorhergesagt haben.

Wir haben in diesen Tagen im Rückblick auf die Stationierungsentscheidung im Deutschen Bundestag vor zwei Jahren auch noch einmal nachvollziehen können, wie damals mit der Kriegsangst politische Geschäfte gemacht und Hunderttausende auf die Straße gebracht wurden. Zwei Jahre danach fand das Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow statt. Jedermann kann jetzt erkennen, daß die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen war und daß diese Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen dazu geführt hat, daß die beiden wichtigsten Politiker der Welt sich in Genf treffen konnten.

Das sind zwei ganz ungewöhnliche Erfolge unserer Politik. Wir sollten darüber mehr

mit unseren Mitbürgern sprechen und so für unsere Politik werben. Wir haben in den vergangenen drei Jahren Punkt für Punkt unseres Programms durchgesetzt. Wir haben deutlich gemacht, daß dieser schwierige Kurs Klarheit der Prinzipien, Klarheit der Absichten und Klarheit der Perspektiven erfordert.

Der Erfolg hat uns Recht gegeben, aber es gab auch Rückschläge auf diesem Weg. Wir haben in diesem Jahr bittere Niederlagen erlitten, in Nordrhein-Westfalen und an der Saar, bei den Kommunalwahlen in Hessen. Dem stehen zwar Siege in Berlin und auch in Frankfurt gegenüber, aber es war eine schwierige Zeit. Ich habe heute allen Grund, Ihnen zu danken, unserer ganzen Partei zu danken, daß Sie mir auf diesem Weg gefolgt sind und mitgeholfen haben, diesen Weg erfolgreich zurückzulegen. Ich bedanke mich bei der Bundestagsfraktion, allen voran bei unserem Freund Alfred Dregger. Ich bedanke mich bei unseren Freunden in den Landesregierungen, die gemeinsam mit den Freunden und Kollegen aus der CSU die Mehrheit des Bundesrates bilden, und ich bedanke mich für guten Rat und Unterstützung bei den Kollegen und Freunden in der Parteiführung. Ich nenne aus gutem Grund insbesondere Heiner Geißler an erster Stelle.

Zum Jahresende lesen und hören Sie überall, daß jetzt die Stimmung die Lage eingeholt habe. Bis zur Mitte des Jahres hörten wir häufig, die Stimmung sei schlechter als die Lage. Nun, meine Damen und Herren, wir können stolz auf unsere Erfolge sein, aber wir haben nicht den geringsten Grund, jetzt angesichts der erreichten Erfolge und einer zuversichtlichen Stimmung übermütig zu werden.

Die Bundestagswahl wird am Wahltag im Januar 1987 entschieden und keine Minute zuvor. Bis dahin müssen wir hart arbeiten

und um jede Stimme kämpfen. Die CDU Deutschlands hat keine Stimme zu verleihen, zu vergeben oder zu verschenken.

Wir haben auf diesem Weg noch wichtige Wahlen zu bestehen. Ich nenne die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und im Herbst in Niedersachsen, die Landtagswahlen in Niedersachsen, in Bayern und in Hamburg. Alle diese Wahlen werden natürlich auch für die Bundestagswahl ihre Bedeutung haben.

Dreiviertel dieser Legislaturperiode liegen hinter uns, und wenn Sie die Regierungserklärung vom Frühjahr 1983 zur Hand nehmen, dann werden Sie feststellen, daß rund 90 Prozent des Programms, das wir uns vorgenommen haben, entweder bereits gesetzgeberisch abgeschlossen oder auf den Weg gebracht worden sind. Wir werden eine Reihe von Fragen, die noch offen sind, in diesem Jahr abschließen. Ich habe vor Monaten angekündigt, daß wir in der Frage des § 116 AFG vor Weihnachten unsere Entscheidung treffen werden. Das gleiche gilt auch beim Thema SDI.

Bei dem Thema 116 AFG will ich mich ausdrücklich bei Norbert Blüm bedanken. Er hat in einem hohen Maße von Geduld, manchmal angesichts der Angriffe auch von Langmut, diese wichtigen Besprechungen geführt. Wir waren und wir sind der Meinung, daß es gut ist, in streitigen Fragen der Gesellschaft möglichst viel Konsens herbeizuführen. Aber wir waren und wir sind auch der Meinung, daß die gewählten Vertreter des Volkes sich ihrer Verantwortung bei wichtigen Entscheidungen nicht entziehen dürfen.

Und weil in diesen Tagen in einer zum Teil sehr aufgewühlten öffentlichen Diskussion auch über das Verhältnis der Christlich Demokratischen Union zu den Gewerkschaften spekuliert wird, will ich dazu ein paar knappe Bemerkungen machen. Wer die Programmatik unserer Par-

tei seit den Gründungstagen vor 40 Jahren kennt, der weiß, daß sich die Union immer als eine Volkspartei verstanden hat — Volkspartei in dreifacher Hinsicht: In Hinsicht auf die Zusammenarbeit der Bundesländer im föderalen System unseres Staates, Volkspartei im Sinne der Zusammenarbeit von Christen aus den beiden großen Konfessionen und Volkspartei als politische Heimat für Männer und Frauen aus den verschiedensten sozialen Gruppen unserer Gesellschaft. Die Union war immer stolz darauf, für Arbeitnehmer und Gewerkschafter, für Betriebsräte wie Unternehmer, für Beamte und Bauern, für den Mann aus dem Mittelstand und die Frau im freien Beruf, für Schüler und Studenten, Rentner und Pensionäre gleichermaßen politische Heimat zu sein. Und wenn wir nicht mehr Volkspartei wären, liebe Freunde, dann wären wir auch nicht mehr mehrheitsfähig. Wir haben immer den gewerkschaftlichen Pluralismus bejaht. Das heißt, wir haben klar und deutlich erklärt, daß freie Bürger in einem freien Land das Recht haben, der Gewerkschaft anzugehören, für die sie sich entscheiden. Wir haben immer dafür geworben, daß Arbeitnehmer Gewerkschaften beitreten. Deshalb haben wir viele Mitglieder in der Union, die auch Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft, der DAG, der Christlichen Gewerkschaft oder des Beamtenbundes sind, um nur die allerwichtigsten zu nennen.

Die Christlich Demokratische Union hat immer eine ganz klare Position gegenüber dem DGB gehabt. Die Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den letzten 35 Jahren ist undenkbar ohne den wesentlichen Beitrag, den die Christlich-Sozialen in der Gewerkschaft geleistet haben. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß wir es für wichtig und wünschenswert halten, daß auch Männer

und Frauen aus der Union sich für die hauptamtliche Arbeit in den Gewerkschaften zur Verfügung stellen, denn wir sagen ja zu den Gewerkschaften. Leider ist es unübersehbar, daß innerhalb des DGB Gruppen am Werk sind, die das Gespräch zum Teil in einer Weise führen, die sprachlos macht. Was an persönlichen Angriffen gegen Norbert Blüm und andere führende Politiker der CDU in Gewerkschaftspublikationen zu lesen war, ist schlicht und einfach unerträglich.

Wir sind für Gespräche, aber wir lassen uns nicht, auch nicht durch solche Propaganda, unter Druck setzen. Wir wollen vernünftig mit allen Beteiligten reden. Aber das Gespräch setzt zumindest den Willen zur Fairneß im Umgang miteinander voraus.

Meine lieben Freunde, der erste wesentliche Grundsatz unserer Politik nach der Regierungsübernahme 1982 lautete, daß wir in der Außen- und Sicherheitspolitik wieder verlässliche Partner werden wollten. Am Ende der Regierung Schmidt waren die außenpolitischen Wertmaßstäbe unklar geworden und viele unserer Freunde und Partner fragten: Wohin treibt die Bundesrepublik Deutschland? Heute ist die Linie unserer Außen- und Deutschlandpolitik für jedermann klar erkennbar. Wir haben zu keinem Zeitpunkt verschwiegen, daß für uns Politik für den Frieden immer auch Politik für die Freiheit sein muß. Wir haben deutlich gemacht, daß die Grundentscheidung Konrad Adenauers gleichermaßen für uns heute gilt: die enge Bindung an die Freunde und Partner in Europa und die Entscheidung für das Atlantische Bündnis. Ich habe schon in meiner ersten Regierungserklärung betont, daß wir ja sagen zu dieser Westbindung, daß nur auf dieser Grundlage ein vernünftiger Ausgleich mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas möglich sein wird, und daß jede

andere Politik im Neutralismus enden muß.

Wir gehen aus vom Prinzip gleicher Sicherheit in Europa und wir sind standfeste, verlässliche und berechenbare Partner. Wir haben das deutlich gemacht beim NATO-Doppelbeschluß, bei der Stationierung der Mittelstreckenwaffen und bei einer Reihe von anderen wichtigen Entscheidungen. Im Jahr 1985 haben wir mitgeholfen, ein Tor aufzustoßen im Ost-West-Dialog, für die Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow. Es hat sich gezeigt, daß nichts von den Prophezeiungen der Sozialisten eingetreten ist. Es gab weder eine neue Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen, noch ist ein Raketenzaun mitten in Deutschland entstanden. Wir sind einen ersten kleinen Schritt vorangekommen auf dem Wege zu einem vernünftigen Dialog der Weltmächte. Und das ist genau unsere Politik: verlässlich an der Seite unserer Freunde im Westen und berechenbar für unsere Nachbarn im Osten.

In diesem Zusammenhang ist es von großer Wichtigkeit, daß wir in den letzten drei Jahren auch die notwendigen Entscheidungen für unsere Bundeswehr getroffen haben. Wer die Beobachtungen aus Anlaß des 30. Geburtstags der Bundeswehr auf sich wirken läßt, der weiß, daß nach den Jahren, in denen man die Bundeswehr in ein politisches und psychologisches Ghetto abzudrängen versucht hat, unsere Soldaten wieder den richtigen Platz in unserer Bevölkerung gefunden haben. Wir sind dafür dankbar, weil wir wissen, daß die Bundeswehr als die Friedensarmee der Bundesrepublik Deutschland unser entscheidender Beitrag zur Sicherung von Frieden und Freiheit ist.

Deswegen ist mein dringender und herzlicher Wunsch an Sie alle, auch an die Kreisverbände der Partei, daß wir alles

tun, um den Soldaten in ihren Standorten immer wieder das Gefühl zu geben, daß sie unsere Soldaten sind und daß dies unsere Bundeswehr ist.

Wir haben in diesem Sinne wichtige und zum Teil höchst unpopuläre Entscheidungen getroffen. Ich selbst habe mich zu den Entscheidungen zur Besserung der Personalstruktur entschlossen, weil ich nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis kam, daß es keinen anderen Weg gab. Wir haben uns aus Gründen der katastrophalen demographischen Entwicklung zur Verlängerung der Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate entschlossen — ganz gewiß nicht leichten Herzens — weil wir wissen, daß dies eine Vorraussetzung ist, um die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr auch in den neunziger Jahren in der geforderten und notwendigen Form aufrechtzuerhalten und unsere Verpflichtungen in der NATO einzulösen.

Das alles hat dazu beigetragen, daß wir gemeinsam mit unseren Freunden in Europa und jenseits des Atlantiks in ungewöhnlicher Geschlossenheit in das neue Jahr eintreten können. Wir haben im Vorfeld der Konferenz in Genf erlebt, wie wichtig und bedeutsam es ist, daß auch wir, die Bundesrepublik Deutschland, unsere Vorstellungen und Anregungen in die Vorbereitung dieser Konferenz eingeben konnten. Mit einem Satz: Die Politik der Festigkeit und der Solidarität, unsere Politik für Frieden und Freiheit, hat sich bewährt.

Wir haben zweitens in diesen drei Jahren den Versuch unternommen, den Stillstand in der Europäischen Gemeinschaft zu überwinden. Es waren schwierige Stationen: die erste Konferenz unter meinem Vorsitz in Stuttgart im Sommer 1983 und in diesem Jahr die EG-Gipfel in Mailand und in Luxemburg. Ich weiß, daß die Beschlüsse, die dort getroffen wurden, nicht bei jedermann Zustimmung finden. Viele sagen, es geht uns alles viel zu langsam

und nicht weit genug. Nur, meine Freunde, wer eine Politik des Alles oder Nichts in den europäischen Dingen verfißt, wird erleben, daß er überhaupt nichts erreicht. Es ist, wie ich im Bundestag sagte, die bittere Notwendigkeit einer Politik der kleinen Schritte.

Wir waren in diesen drei Jahren diejenigen, die immer in der vordersten Linie dafür gestritten haben, daß sich die Dinge in Europa weiterentwickeln. All jenen, denen es zu langsam vorangeht, möchte ich ganz einfach folgendes entgegenhalten: Wer die europäische Geschichte, auch die Geschichte der Bruderkriege dieses Jahrhunderts kennt, der kann nicht erwarten, daß jahrhundertlanges Gegenüber in nur dreißig Jahren völlig überwunden wird. Wer aber den Weg dieser dreißig Jahre zurückverfolgt, muß anerkennen, daß wir bereits ein gewaltiges Wegstück hinter uns gebracht haben und daß es keinen Weg zurück gibt. Es gibt zur politischen Einigung Europas keine vernünftige Alternative. Gerade wir Deutsche wissen, daß diese Einigung eben nur einen Teil Europas umfaßt. Es ist die Chance für einen Teil Europas. Wir sollten diese geschichtliche Chance wahrnehmen.

In Luxemburg sind einige Entscheidungen getroffen worden, die weit über die Kommentare des Tages hinaus in die Zukunft wirken. Ich denke hier insbesondere an den Beschluß zur Herbeiführung des Binnenmarktes bis zum Ende des Jahres 1992. Es ist wahr, daß bei einigen der Entscheidungen noch diese oder jene zurückhaltende Formulierung gewählt worden ist, aber insgesamt ist das Tor zum europäischen Binnenmarkt weit aufgestoßen worden.

Ich bin kein Prophet, aber ich sage dennoch, daß auch in dieser Frage nach menschlichem Ermessen die Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu denen gehören, die den meisten Nutzen haben

werden. Jedenfalls steht für mich außer Frage, daß wir eine gewaltige Chance haben, die wir tatkräftig nutzen müssen. Das gilt vor allem im Blick auf Forschung, Technologie und Umweltschutz. Ich bin nicht zufrieden — ausdrücklich will ich das hier sagen — mit den Entscheidungen im Blick auf die Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Wir haben ja weitergehende Vorschläge gemacht. Ich habe die Kollegen darauf hingewiesen, daß niemand glauben darf, daß die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in freier, geheimer und direkter Wahl gewählt werden und sich dann letztlich die Kompetenzen eines Parlaments vorenthalten lassen. Natürlich weiß ich auch, daß der Weg zu mehr parlamentarischen Vollmachten schrittweise gegangen werden muß, aber die Schritte, die jetzt gewählt wurden, sind für meine Begriffe zu klein. Wir werden nachdrücklich darauf drängen, daß das, was jetzt beschlossen wurde, im Blick auf 1992 nicht das letzte Wort sein kann. Hinzu kommt, daß die zweite wichtige Komponente der europäischen Entwicklung, nämlich der Weg zur politischen Integration, der Weg zu einer einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik, eine Abstützung im freigewählten Parlament braucht.

Wir werden uns als CDU nicht damit abfinden, daß die EG sich womöglich auf eine gehobene Freihandelszone hin entwickelt. Wir brauchen eine europäische Gemeinschaft, die auch politisch handlungsfähig ist.

Dies ist um so wichtiger für uns als Deutsche, weil Europapolitik und Deutschlandpolitik zwei Seiten einer Medaille sind. Wir wissen, daß der Weg zur Einheit der Nation nur auf friedlichem Wege möglich ist, weil Krieg und Gewalt für uns kein Mittel der Politik sind. Wir brauchen das Verständnis vor allem auch un-

serer Freunde und Partner in der Europäischen Gemeinschaft.

In diesem Jahr ist offenbar geworden, daß hier offensichtlich der Konsens zwischen den großen politischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend brüchig wird. Das, was aus der Sozialdemokratischen Partei zu hören war im Zusammenhang mit der Diskussion um die Präambel des Grundgesetzes, ist für uns ebenso inakzeptabel wie unerträglich. Mit uns findet eine solche Politik nicht statt.

Die Art und Weise, mit der gelegentlich das Selbstbestimmungsrecht, das ja ein Grundrecht auch unseres Volkes ist, ins Zwielicht politischer Betrachtungen gebracht werden soll, findet ebenfalls unseren entschiedenen Widerspruch. Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion über meine Rede vor den Vertriebenen in Hannover wurden Stimmen von zwei Seiten laut, die gleichermaßen unerträglich sind. Ich habe das eine oder andere gehört, das dort im Namen von Vertriebenen ohne Auftrag durch die Vertriebenen gesagt wurde, das ganz und gar unannehmbar ist. Ich habe gleichzeitig eine Diffamierung der Vertriebenen und ihrer Arbeit in den Verbänden erlebt, die völlig unerträglich war.

Wir haben immer wieder gesagt, daß unsere Politik ausgeht von der bestehenden Rechtsordnung, von bestehenden Verträgen. Wenn ich über die Verträge spreche, so gehört dazu auch der Hinweis auf die entsprechenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts, auf die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages und auf viele andere für unsere Politik verbindliche Äußerungen. Daran hat sich nichts, aber auch gar nichts geändert. Wenn ich in diesen Wochen immer wieder auf eine Äußerung Konrad Adenauers in seiner ersten Regierungserklärung verweise — ich sage es mit meinen Worten:

Wir wollen Frieden und Aussöhnung mit den Kriegsgegnern von gestern, den Feinden von gestern — so gilt das auch für uns heute. Wer aber Ja sagt zur Aussöhnung, der muß fähig sein, auf den anderen sich zuzubewegen, muß jeden Gedanken an Diffamierung des Andersdenkenden verbannen. Und ich möchte uns allen wünschen, daß das, was jetzt in Rom wieder möglich war, eine Geste der erneuten Versöhnung zwischen polnischen und deutschen Bischöfen, daß das endlich auch das Verhältnis zwischen Warschau und Bonn beherrschen möge, im Umgang miteinander und in der Bereitschaft, aus der Geschichte zu lernen.

Ich halte es für wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir in diesen drei Jahren auch in unseren Beziehungen zur DDR beachtliche Erfolge errungen haben. Es kann keine Rede davon sein, daß eine neue Eiszeit hereingebrochen ist. Vielmehr sind wir in zähen und mühsamen Verhandlungen Stück für Stück vorangekommen. Wir haben uns dabei immer wieder von dem gleichen Grundgedanken leiten lassen, daß wir das Menschenmögliche tun müssen, damit Menschen in Deutschland zueinanderkommen können. Alles andere wäre eine unglaubwürdige Politik. Es genügt eben nicht, am 17. Juni an die Einheit der Nation zu erinnern und sich im Alltag der Politik nicht intensiv darum zu bemühen.

Wir haben beachtliche Fortschritte erreicht; denken Sie an das Kulturabkommen, denken Sie an die Verbesserung im Umweltschutz und auf vielen anderen Feldern. Was ich mir wünsche und warum ich mich immer wieder bemühe, ist, daß mehr Mitbürger aus der DDR zu uns zu Besuch kommen können, damit sie die Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland erfahren. Und es muß die Aufgabe unserer politischen Freunde überall in den Landes- und Kreisverbän-

den sein, möglichst viele junge Leute anzuregen, von sich aus in die DDR zu fahren, nach Weimar, nach Dresden und nach Leipzig; und dort den Alltag und auch die Geschichte unseres gemeinsamen Vaterlandes zu erleben.

Noch ein kurzes Wort zu der ungewöhnlich törichten Diskussion im Zusammenhang mit dem erwarteten Besuch von Generalsekretär Honecker. Ich will noch einmal ganz knapp sagen, was eigentlich jeder wissen sollte und könnte: Ich habe Generalsekretär Honecker zu einem Arbeitsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen, er hat diese Einladung angenommen, und es ist jetzt seine Sache, uns mitzuteilen, wann er diesen Besuch abstatten möchte, damit wir die näheren Einzelheiten vereinbaren. Alles andere, was darüber hinaus diskutiert wird, istbarer Unsinn.

In der Innenpolitik, der Wirtschafts-, der Sozial- und Gesellschaftspolitik ist am Ende dieses Jahres die Wende für jedermann, der es nur erkennen will, deutlich. Wir haben das Land aus dem wirtschaftlichen Desaster, das die Regierung Schmidt uns hinterlassen hat, herausgeführt. In wenigen Tagen tritt die erste Stufe der Steuerreform in Kraft. Auch in unserer eigenen Partei gab es vor zwei Jahren erhebliche Zweifel, ob das möglich sein würde.

Liebe Freunde, wir haben jetzt wieder berechenbare und verlässliche Staatsfinanzen. Die Vertrauensbasis für Investoren und Verbraucher ist deutlich. Wir haben neue finanzpolitische Handlungsspielräume gewonnen. Wir haben eine Preisstabilität wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Das ist wirklich soziale Politik! Was für eine Schau hätten wohl die Sozialdemokraten mit vergleichbaren Zahlen aufgeführt! Nun erwarte ich von uns, daß wir keine Schau machen, sondern daß wir solide Politik auch solide vortragen. Aber wir müssen unseren Mitbürgern klarmachen,

daß das ein Erfolg unserer Politik ist; daß nicht plötzlich eine weltweite Konjunktur der Bundesrepublik Deutschland zugute gekommen ist und deswegen die Zahlen so erfreulich sind, sondern daß harte politische Arbeit und politischer Entscheidungswillen diesen Weg überhaupt erst möglich gemacht haben. Vielleicht ist es das Wichtigste an dieser Entwicklung, daß die psychologischen Gegebenheiten sich von Grund auf verändert haben. Die wohl schlimmste demoskopische Zahl vor drei Jahren war doch, daß weit über die Hälfte der Befragten der Zukunft nicht mehr mit Zuversicht, sondern mit Angst, Pessimismus und mit depressiver Stimmung entgegensehen. Die Lage hat sich zu Weihnachten 1985 gründlich gewandelt: Sie spüren kaum mehr irgendwo in Wirtschaftskreisen Angst vor japanischer oder amerikanischer wirtschaftlicher Übermacht. Wir haben durch mehr Forschungsinvestitionen und durch mehr wirtschaftliche Freiräume dazu beigetragen, daß wir japanischer oder amerikanischer Konkurrenz sehr wohl gewachsen sind. Es war möglich, den Strukturwandel in unserer Wirtschaft voranzutreiben bis hinein in die früheren Krisenbranchen, die aber zum Teil ihre Probleme noch nicht überwunden haben. Es gibt ein günstiges Klima für Forschung und Innovation. Wir haben erhebliche Erfolge, aber noch nicht den endgültigen Durchbruch an der Beschäftigungsfront. Wir haben es fertiggebracht, daß sich die Zahl der offenen Stellen verdoppelt. Aber das Hauptproblem der deutschen Innenpolitik bleibt der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Ich hoffe, daß alle — auch die öffentliche Hand —, die jetzt in den nächsten Wochen beginnen, Tarifgespräche zu führen, sich an die Verantwortung gegenüber den Arbeitsplatzsuchenden erinnern werden. Wir haben das soziale Netz wieder stabil gemacht. Dabei waren erhebliche Opfer

notwendig. Dennoch ist es gelungen, mit einer neuen aktiven Sozialpolitik Zukunftweisendes zu tun: Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche, Einführung des Erziehungsgeldes, Neuordnung der Hinterbliebenenrente, Kindererziehungszeiten im Rentenrecht, Arbeitslosengeldverlängerung für ältere Arbeitnehmer, Verdreifachung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Erhöhung des Wohngeldes, Anhebung der Sozialhilfe und, was ganz besonders zählt, jetzt zum 1. Januar 1986 die Entlastung der Familien durch die Steuerreform. Das ist ein wichtiges Stück Wende der deutschen Politik. Was wir jetzt in der Familienpolitik tun konnten und getan haben, ist Zukunftsgestaltung.

Wir müssen von einer kinderneutralen bis kinderfeindlichen Gesellschaft wieder zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft werden. Wir müssen alles tun, um den dringend notwendigen Umdenkungsprozeß in unserer Gesellschaft voranzutreiben, wobei jeder von uns weiß, daß das Ja zum Kind eine sehr persönliche Entscheidung ist, in die die Politik nicht hereinzureden hat. Aber wer ja sagt zu Kindern, muß den vollen Schutz der staatlichen Gemeinschaft erfahren; das war und ist ein Kernstück christlich-demokratischer Politik.

Meine lieben Freunde, ich hoffe, Sie werden mir zustimmen, daß wir bei allen Schwierigkeiten und trotz mancherlei Fehler ausgezeichnete Ergebnisse erzielt haben. Wir können heute mit Stolz sagen: Wir sind die erfolgreichste Regierung in Europa. Und wir haben eine ausgezeichnete Chance, im Januar 1987 bei der nächsten Bundestagswahl die Bestätigung unserer Bürger für die Fortsetzung unserer Arbeit zu erreichen. Aber das setzt voraus, daß wir um jede Stimme kämpfen und hart arbeiten. Das setzt voraus, daß jedermann — auch in den Koalitionsparteien — begreift, daß wir nur gemeinsam

Erfolg haben werden, daß ein Sich-Profilieren auf Kosten des anderen mit absoluter Sicherheit uns insgesamt abträglich ist und niemandem nützt. Das einzige, was deutlich erkennbar ist beim Blick auf unsere politischen Gegner, wo ja die Dinge bis hin zur Kanzlerkandidatur nicht ganz durchschaubar sind, ist die Erkenntnis aus Hessen, daß, wenn der Koalition von CDU, CSU und FDP nach der Bundestagswahl eine einzige Stimme fehlt, die Sozialdemokraten mit den Grünen eine Koalition bilden würden, egal wer Kanzlerkandidat ist.

Liebe Freunde, wir sind 1982/83 angetreten, unser Land aus der Krise herauszuführen. Wir dürfen heute mit Stolz sagen, in den wichtigsten Fragen haben wir das geschafft. Wir haben einiges natürlich noch zu tun. Wir werden 1987, aber auch bei den Landtags- und Kommunalwahlen 1986, wieder für das Mandat zur Erneuerung unseres Landes kämpfen. Wir mußten ja nicht nur die Erblast der sozialdemokratischen Mißwirtschaft wegräumen, wir wollen auch neue Handlungsspielräume für eine Politik der Zukunftsgestaltung gewinnen: eine Politik für Deutschland als eine moderne und humane Industrienation.

Zu den Dingen, die ich als besonders erfreulich bezeichnen möchte, gehört die Erfahrung, daß die Zuwendung zur Geschichte des eigenen Volkes, nicht zuletzt auch für die Jungen, wieder ganz selbstverständlich ist. Wenn man heute im Bundestag Sozialdemokraten darauf anspricht, daß sie ja noch vor wenigen Jahren in der Oberstufe hessischer Gymnasien den Geschichtsunterricht abschafften und mit Sozialkunde und anderem zusammenlegten und daß erst der hessische Elternverband in einem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof erzwingen mußte, daß Geschichte überhaupt wieder als Fach gelehrt wird, dann leugnen sie das, weil es nicht mehr „in“ ist, als geschichtslos zu

erscheinen. Daran kann man erkennen, wie sich auch auf diesem ganz entscheidenden Feld die Dinge verändert haben. Ein Volk, das seine Geschichte nicht kennt, kann Gegenwart nicht begreifen und wird Zukunft nicht gestalten.

In diesem Jahr sind viele Gedanken 40 Jahre zurückgegangen in die Gründungszeit der Union in den verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes. Ich denke manchmal, daß es vielleicht eine ganz besondere Herausforderung für uns und unsere politischen Freunde ist, daß wir in schwierigen Lagen und Zeiten für unser Volk in die Verantwortung berufen werden. Das war so bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die gewiß nicht unser Werk allein war, sondern das von vielen bedeutenden Männern und Frauen aus allen demokratischen Lagern. Aber die Handschrift der Christlichen Demokraten dabei ist unverkennbar. Und wenn ich das recht sehe, stehen wir jetzt mit den achtziger Jahren wieder in einer entscheidenden Phase der Entwicklung unseres Landes.

Dieses Land wird heute geprägt und getragen von einer Generation von Menschen, die Diktatur und Krieg überhaupt nicht oder nur als Kind erlebt haben. Einer Generation, die ihre eigenen Ansprüche, ihre eigenen Perspektiven hat. Und dieser Generation deutlich zu machen, woher wir kommen, für was wir stehen und wohin wir gehen wollen, das ist eine unserer wichtigsten Herausforderungen.

Wir werden den Wahlkampf ganz gewiß um alle wichtigen Fragen der Außen- und der Sicherheitspolitik, über die materiellen Befunde der Innenpolitik, der Wirtschafts-, der Sozial- und der Gesellschaftspolitik führen. Aber unsere Wähler, unsere Bürger erwarten auch auf die

immateriellen Fragen eine Antwort. Und diese Antwort ist auch deswegen so wichtig, weil ja ein Teil der Probleme, die wir in der Bundesrepublik Deutschland hatten und gelegentlich noch haben, darauf zurückgeht, daß Angst zu einem Mittel der Politik gemacht wurde. Wir erleben das fast täglich in der Auseinandersetzung um den Umweltschutz. Wir haben es erlebt, und wir werden es wieder erleben, in der Frage der Sicherheitspolitik. Wir erleben es bei jenem Pessimismus, der in das Land getrieben wird und der uns letztlich, wenn er von der Mehrzahl der Bürger akzeptiert würde, hindern würde, tatkräftig die Tore zur Zukunft aufzustoßen.

Ich rede hier nicht einem vordergründigen parteipolitischen Optimismus das Wort. Ich rede einem Optimismus das Wort, der von den Realitäten ausgeht. Aber Realismus heißt für uns auch, aus den Quellen unserer Kraft zu schöpfen. Die Männer und Frauen, die die Christlich Demokratische Union vor vierzig Jahren gegründet haben, hatten ganz andere, sehr viel schwierigere Probleme als wir heute. Sie verzagten nicht, sie vertrauten auf ihre Überzeugung, auf ihre Kraft, auf ihre Zukunft.

Ich glaube, genau das müssen wir heute wieder tun. Nüchtern die Schwierigkeiten und die Wegmarkierungen erkennen, aber ebenso entschieden sagen: Wir halten zusammen, wir stehen zusammen, wir packen es an und wir schaffen es zusammen als eine Partei, die angetreten ist, aus dem Geiste christlicher Verantwortung auch für den Nächsten das Mögliche in der uns gegebenen Zeit zu tun. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Hilfe in diesem Jahr und bitte Sie um Ihre Unterstützung für das wichtige Jahr 1986.

Heiner Geißler

Ab Herbst '86 beginnt der „heiße Wahlkampf“ – jeder ist gefordert

Wir sollten uns noch einmal vor Augen halten, was in den letzten drei Jahren die Sozialdemokraten geboten haben. Man kann die Arbeit der Sozialdemokraten so charakterisieren: Sie haben keine inhaltlichen Alternativen entwickelt. Sie haben statt dessen versucht, auf der emotionalen Schiene bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Angst zu verbreiten, negative Utopien, kollektive Depressionen zu erzeugen, Panikszenerien zu schildern, die Kriegsangst zum Gegenstand der Politik zu machen, den Sozialneid zu schüren, an niedrige Instinkte zu appellieren.

Diese Strategie der Sozialdemokraten hat bei unserem Volk nicht verfangen. Im Stimmungsbild, in der Meinung der Bevölkerung hat sich ein Umschwung vollzogen. Wir stellen heute fest, erhärtet durch die Sozialforschung und die Demoskopie, daß die Angst vor einem Krieg entscheidend abgenommen hat.

Auch die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, hat um die Hälfte abgenommen. Noch vor drei Jahren sagten die Leute auf die Frage, wird die Arbeitslosigkeit zunehmen, zu 80 % ja. Heute sind es noch knapp 40 %, die diese Aussage machen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen inzwischen positiv beurteilt.

Wie kann man den neuen Anfang beschreiben, den wir vor drei Jahren zu unserer Aufgabe gemacht haben? Wie kann man die Wende inhaltlich umschreiben?

Ich glaube, wir können heute feststellen: aus Angst wurde Hoffnung; aus der Wirtschaftskrise, die wir vorgefunden haben — der größten seit der Währungsreform —, wurde ein klassischer positiver Konjunkturverlauf. Die Kriegsangst wurde abgebaut, das Vertrauen in das westliche Bündnis und in die Möglichkeiten, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen, wurde verstärkt. Aus Pessimismus wurde Optimismus. Die Menschen orientieren sich wieder an der Leistung, die Angst vor der Technik wurde vor allem in den Köpfen der meisten jungen Menschen überwunden.

Dies ist eine gute Bilanz. Und wenn wir zu Recht sagen, diese positive Entwicklung ist auf die solide Arbeit der Bundesregierung und des Bundeskanzlers zurückzuführen, so bedeutet dies gleichzeitig, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes diesen Umschwung geschaffen hat. Man kann es auch so ausdrücken: Die Deutschen sind ein großartiges Volk, wenn sie die richtige Führung haben.

Wie analysieren die Sozialdemokraten die politische Lage? Die Sozialdemokraten haben im April dieses Jahres einen Sozialforschungsauftrag erteilt, um ihre Wahlkampfstrategie vorzubereiten. Ich beziehe mich auf diese Aussagen und Analysen. Danach hat die SPD ein Stammwählerpotential von 27 %, gebundene Wechselwähler 7 %, sogenannte Situationswähler mit einer Option für die Sozialdemokratische Partei 7 % — insgesamt ein Wählerpotential von

41 %, den Untersuchungen der SPD zufolge.

Die Sozialdemokraten wollen Randwähler von der Union abziehen. Sie haben die Wahlkampfparole ausgegeben: Wir wollen die absolute Mehrheit erreichen. Es gibt vier Gründe, warum es völlig ausgeschlossen ist, daß die Sozialdemokraten diese absolute Mehrheit bekommen können.

Erstens: Ihre eigenen Wähler, also diese 41 %, sind tief gespalten, hinsichtlich der Frage: Soll man mit den Grünen zusammengehen oder nicht? 50 % sagen: Nein. 30 % wollen mit den Grünen zusammengehen — das ist der aktive, engagierte Teil in der SPD. 20 % lassen diese Frage offen.

Zweitens: Da dies so ist, ist die SPD die einzige Partei, die keine klare Koalitionsaussage macht. Wir machen eine klare Koalitionsaussage, ebenso die Freien Demokraten; selbst die Grünen sind ja inzwischen zu fast 100 % für ein Zusammengehen mit der SPD. Nur die Sozialdemokraten äußern sich nicht klar. Warum? Weil sie aufgrund der Gespaltenheit ihrer eigenen Anhängerschaft, ihrer eigenen Wählerschaft eine Aussage nicht machen können. Sie treten sozusagen voluntaristisch die Flucht nach vorne an und erklären schlicht und einfach, wir wollen die absolute Mehrheit. Der Koalitionsfrage weichen sie aus.

Drittens: Die SPD ist keine strukturelle Mehrheitspartei. Wir wissen, daß die Wechselwähler zunehmen. Die traditionell gebundenen Stammwähler nehmen ab. Aber dies gilt vor allem für Landtagswahlen und ändert sich wieder, je näher die Bundestagswahlen kommen. Bei Bundestagswahlen besinnen sich die Menschen wieder auf ihre traditionellen Bindungen, was das Wahlverhalten anbelangt. Dies kommt der Union zugute. Denn die Christlich Demokratische Uni-

on und die Christlich Soziale Union sind die einzige politische Bewegung, die man als eine strukturelle Mehrheitspartei in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen kann. Die Sozialdemokraten sind es nicht, sie sind es nie gewesen.

Wenn Sie einmal den Durchschnitt der Bundestagswahlergebnisse der SPD seit 1969 nehmen, dann können Sie dies klar erkennen. Der Durchschnitt der SPD betrug in diesen Bundestagswahlen seit 1969 exakt 42,44 %. Bei der letzten Bundestagswahl erreichten die Sozialdemokraten 38,2 %. Es ist völlig ausgeschlossen, daß bei der jetzigen politischen Situation, aber auch aufgrund der strukturellen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, diese Partei auch nur annähernd an eine absolute Mehrheit herankommen kann.

Viertens: das inhaltliche Dilemma. Die Sozialdemokraten haben wichtige Felder ihrer Politik nicht definiert. Die Außenpolitik der SPD ist nicht definierbar. Sie haben die grundsätzlichen Gegensätze in ihren eigenen Reihen. Zwischen der Gruppe Lafontaine, Eppler, Schröder unter der Schirmherrschaft von Willy Brandt, und den alten Godesbergern, Helmut Schmidt, Georg Leber, Annemarie Renger u.a. werden die Gegensätze nicht ausgetragen. Die Sozialdemokraten schieben diesen Dauerkonflikt in ihren eigenen Reihen vor sich her. So machen Sie es auch in der Wirtschaftspolitik. Die Sozialdemokraten haben es im letzten Jahr, als wir auf dem Stuttgarter Parteitag unsere Stuttgarter Leitsätze vorbereitet und auch verabschiedet haben, auf ihrem Parteitag abgelehnt, klare Aussagen zur Wirtschaftspolitik zu machen. Sie haben diese Frage vertagt auf den Parteitag im August 1986.

Es ist klar, daß eine inhaltliche Auseinandersetzung über die zentralen Probleme dieser Industrienation in der SPD nicht

stattfinden kann. Die Opposition ist nicht in der Lage, eine inhaltliche Alternative zu entwickeln. Die entscheidende Frage, wie die wirtschaftliche, wie die soziale Zukunft unseres Landes aussehen soll, läßt sie offen.

Die Sozialdemokraten werden eine Strategie der inhaltlichen Konturlosigkeit versuchen. Sie werden die Inhalte ihrer Politik nicht bestimmen und einen Wischi-Waschi-Wahlkampf führen: Sowohl als auch und von allem etwas. Sie wollen dem einen Teil ihrer Wählerschaft etwas geben und dem anderen Teil, den engagierten, den grünen Sympathisanten ebenfalls. Der vorläufige Kandidat der Sozialdemokratischen Partei — wir wissen es ja immer noch nicht — der vorläufige oder mutmaßliche Kandidat der Sozialdemokratischen Partei ist sozusagen der personifizierte Ausdruck dieser Wischi-Waschi-Strategie.

Das strahlende Image von Johannes Rau ist bereits jetzt angekratzt: Rau, die Zweifel wachsen, Raus Ausrutscher, die JuSos warnen Rau vor Horrorkabinetten — das sind einige Zeitungsüberschriften vom Wochenende. Bevor der Mann überhaupt richtiger Kandidat ist, wird er von seinen eigenen Leuten bereits in Zweifel gezogen.

Wir werden die Sozialdemokraten zwingen — auch ihren mußmaßlichen Kandidaten — inhaltlich Farbe zu bekennen. Dies ist der richtige Weg. Das können Sie daran erkennen, daß es trotz mehrfacher Aufforderung — durch den Bundeskanzler, durch Gerhard Stoltenberg, durch Norbert Blüm und andere, durch Alfred Dregger — bei der Auseinandersetzung um den Haushalt des Bundes Johannes Rau sich geweigert hat, im Bundestag Stellung zu nehmen und seine Politik zu vertreten.

Wir brauchen hier keine Sorge zu haben. Der Bundeskanzler hat vorhin völlig zu Recht gesagt, unsere Regierung ist die er-

folgreichste Regierung in Europa. Dieser Erfolg ist nicht gegen den Bundeskanzler, sondern nur durch ihn und mit ihm möglich geworden. Lassen Sie sich durch Politbarometer nicht durcheinanderbringen, eine Bundestagswahl ist kein Schönheitswettbewerb. Also möglicherweise ist Johannes Rau ein schöner Mann. Er mag schöner sein, aber der Kanzler und unsere Leute sind einfach besser und darauf kommt es an!

Diese Wischi-Waschi-Strategie der Sozialdemokraten wird natürlich begleitet sein von dem Versuch, die harte Auseinandersetzung — aus der man ja den Johannes Rau etwas heraushalten will — die harte Auseinandersetzung führen zu lassen durch Gruppierungen im vorpolitischen Raum. Und da haben wir ja im Landtagswahlkampf in NRW Vor- und Probeläufe gehabt. Wir müssen uns darauf einstellen und müssen vor allem mit diesen Gruppen im vorpolitischen Raum ernsthaft reden, ob das nun die IG Metall ist oder der Reichsbund oder die Arbeiterwohlfahrt. Wir müssen diese Organisationen fragen, ob sie es für ihre Aufgabe halten, sich vor den Karren einer politischen Partei spannen zu lassen, oder ob sie nicht viel eher die Aufgabe haben, ihr Mandat wahrzunehmen, d. h. die Interessen derjenigen zu schützen, für die und von denen sie gegründet worden sind. Diese Organisationen sollen Arbeitnehmerinteressen wahrnehmen, die Interessen der sozial Schwachen, und nicht die Interessen einer politischen Partei.

Wir müssen mit diesen Organisationen in ein ernsthaftes Gespräch eintreten. Wir machen dies z. B. am nächsten Donnerstag im Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch über die Frage, wer denn nun eigentlich die Interessen der kleinen Leute und der sozial Schwachen wirklich vertritt in dieser Republik. Wir werden ihnen sagen, daß die neue Armut — ein Schlagwort,

das eine große Rolle gespielt hat — nicht ein Ergebnis des Jahres drei der Regierung Helmut Kohl ist. Wir haben auf dem Mannheimer Parteitag 1975 das Problem der neuen sozialen Frage erörtert. Wir haben damals festgestellt, daß es sehr wohl Armut gibt in diesem Land, aber daß diese Armut andere Gründe hat als früher. Menschen leiden Not, nicht weil sie Arbeitnehmer sind, sondern sie geraten in eine Notlage, weil sie Arbeitnehmer sind und Kinder haben, oder weil sie dauerarbeitslos sind. Hier tragen wir auch die Erblast der anderen Seite ab. Wir beseitigen die Ursachen für diese Entwicklung, z. B. indem wir durch unsere Familienpolitik dafür sorgen, daß heute Familien von den sozialen Benachteiligungen befreit werden, unter denen sie in den letzten Jahrzehnten haben leiden müssen. Wir gehen auch an das Problem der Dauerarbeitslosigkeit heran, z. B. durch die Beschlüsse zum Arbeitsförderungsgesetz. Auch hier können wir nicht innerhalb von zwei oder drei Jahren das beseitigen, was die anderen angerichtet haben.

Wir haben mit unseren Entscheidungen für die Familien auch einen entscheidenden Beitrag geleistet zum Schutz des ungeborenen Lebens. Erziehungsgeld, eine Verbesserung des Familienlastenausgleiches in der Größenordnung von über 5 Mrd. DM, Anerkennung von Erziehungsjahren, Verkürzung der Wartezeit in der Rentenversicherung von 15 auf 5 Jahre helfen hier mehr als Rechtsänderungen. Millionen von jungen Frauen können heute mit einem eigenen Rentenanspruch in die Ehe und die Familie gehen. Das alles haben wir getan. Die anderen haben so etwas nicht geschafft. Sie haben das Recht geändert, wir dagegen haben aktiv Hilfe geleistet für diejenigen, die möglicherweise durch die Geburt eines Kindes in eine soziale Notlage kommen können. Ab dem 1. Januar 1986 wird kei-

ne Frau deswegen, weil sie ein Kind auf die Welt bringt, in eine soziale Notlage kommen.

Mit dieser Legislaturperiode ist unsere Aufgabe nicht beendet. Die nächsten Bundestagswahlen sind Durchsetzungswahlen. Wir befinden uns in einem schwierigen Prozeß des strukturellen Wandels. Wir müssen diesen Wandel gestalten. Dieser Prozeß wird bedrängt von machtvollen Organisationen und Verbänden, Spannungen sind dabei unvermeidlich. Diese Spannungen können nicht von Klientelparteien, von kleinen Organisationen, sondern nur von großen Parteien, von Volksparteien, d. h. von der Christlich Demokratischen Union bewältigt werden.

Wir müssen den Menschen sagen, wir haben einen guten, einen neuen Anfang gemacht mit großen Schwierigkeiten. Es kann noch Rückschläge geben, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Wir müssen das Bild der Zukunft, die Kulisse, vor der sich der Wandel abspielt, ausreichend beschreiben. Wir müssen das Bild einer neuen zukunftsorientierten Gesellschaft entwerfen. Wir müssen mit dem Namen der Union die Zuversicht und die Hoffnung verbinden, daß wir diese Gesellschaft schaffen und sichern können. Die positive Zukunftserwartung muß sich mit unserem Namen, dem Namen der Regierung, dem Namen des Bundeskanzlers verbinden. Wir müssen den Menschen sagen, wir alle miteinander, das ganze deutsche Volk, wir stehen heute besser da als vor drei Jahren.

Diese Zukunftserwartung muß sich richten auf unser großes Ziel: die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als moderne und humane Industrienation zu sichern.

Es ist weiterhin wichtig, daß wir die Angst vor der Technik den Menschen, vor allem den jungen Menschen, nehmen, daß wir ihnen klarmachen: Ohne technischen Fortschritt ist nichts zu erreichen.

Diese Politik müssen wir dem deutschen Volk erklären. Deswegen wird der Wahlkampf argumentativ, rational, inhaltlich geführt werden müssen.

Ich möchte aber vor einem warnen: Unsere Politik darf nicht technokratisch kalt erscheinen. Darauf hoffen die Sozialdemokraten. Willy Brandt spricht von der kalten Gesellschaft, die wir geschaffen hätten oder die wir schaffen wollten, von der Zweidrittelgesellschaft. Rau behauptet, wir könnten zwar mit Geld umgehen, aber nicht mit Menschen. Wir können dies überzeugend widerlegen. Außerdem gibt es da keinen Widerspruch: Gerade weil wir mit Geld umgehen können — Gerhard Stoltenberg ist derjenige, der dafür als Person steht — gerade deswegen können wir wieder etwas für die Menschen tun. Dies ist der Zusammenhang.

Mit dem Geld umgehen können und eine menschliche Gesellschaft schaffen, das ist kein Gegensatz: das eine bedingt das andere!

Die moderne Industriegesellschaft, die wir schaffen wollen, muß eingebettet sein in eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Wir müssen offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen, auch für moderne soziale Entwicklungen. Wir müssen gleichzeitig in allen gesellschaftlichen Gruppierungen präsent sein. Daran werden und müssen wir in den kommenden Wochen und Monaten arbeiten. Wir müssen auch Defizite auffüllen. Der Bundesvorstand der CDU hat sich deswegen mit der Landwirtschaftspolitik beschäftigt. Es gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben, daß wir — dafür arbeitet die Kommission unter Ernst Albrecht — den bäuerlichen Familienbetrieben eine langfristige Perspektive für ihre Existenz geben. Sie müssen die Sicherheit haben, daß sie langfristig mit ihren Familienbetrieben eine solide wirtschaftliche Grundlage haben, daß sie gebraucht werden.

Wir haben auch das Thema Renten in der Bundesvorstandssitzung behandelt. In den kommenden 10 Jahren, Norbert Blüm hat da völlig recht, sind die Renten sicher, aber für das Jahr 2000 und danach brauchen wir eine langfristige Perspektive unserer Rentenpolitik. Dafür müssen wir heute die Weichen stellen.

Im Wahlkampf werden wir die Außenpolitik nicht ausklammern. Die Sozialdemokraten machen zur Zeit nach meiner Überzeugung zwei große Fehler. Sie reduzieren die Spannungen zwischen Ost und West auf ein quasi nationalstaatliches Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Supermächten und vergessen, daß die Ursache der Spannungen zwischen Ost und West nicht die Existenz von Waffen oder gegensätzliche wirtschaftliche oder sonstige Interessen sind; die eigentlichen Ursachen der Spannungen zwischen Ost und West sind begründet in der Unvereinbarkeit freiheitlicher Gesellschaftsordnungen und totalitärer Diktaturen. Wenn man dies ausblendet, macht man eine falsche Politik. Und weil die Sozialdemokraten dies falsch sehen, betreiben sie zur Zeit eine Nebenaußenpolitik, die darin besteht, daß die Sozialdemokratische Partei als demokratische Partei eines demokratischen Landes Verträge abschließt mit Parteien des kommunistischen Blocks der osteuropäischen Länder. Diese Parteien haben natürlich nicht den Charakter einer Partei, sie sind vielmehr Organisationen des dortigen staatlichen Machtapparates. Dies ist der eigentliche Kritikpunkt. Verträge einer demokratischen Partei mit Staatsorganisationen von totalitären Diktaturen, vor allem im kommunistischen Bereich, müssen dazu führen, daß die Sozialdemokraten dann, wenn sie einmal an die Regierung kommen sollten — was nicht der Fall sein wird, aber wir müssen ja von dem ausgehen, was diese Leute denken — an

dem festgebunden werden, was sie damals in der Opposition gemeinsam mit diesen staatlichen Organisationen beschlossen haben. Die sowjetische Außenpolitik unternimmt ständig den Versuch, die Innenpolitik der benachbarten westlichen Länder für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Sozialdemokratische Partei wird durch ihre Nebenaußenpolitik zum Instrument der sowjetischen Westpolitik. Dies ist der eigentliche Kritikpunkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, der Zeitablauf dieses Wahlkampfes ist klar: wir befinden uns jetzt in der Mobilisierungsphase, Beschäftigungsaktion 10 000, die Umsetzung der Essener Leitsätze. Wir werden uns ab April auf der Bundesebene konzentrieren auf die Landtagswahl in Niedersachsen, ab Herbst beginnt dann der heiße Wahlkampf.

Wir müssen jetzt unsere Politik in das Volk hinaustragen, wir müssen unseren Leuten Mut machen. Wir dürfen uns nicht verstecken, sondern müssen unsere Argumente im Freundeskreis, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Partei dazu benutzen, um bis Mitte nächsten Jahres unsere Partei zu mobilisieren. Wir haben die große Chance, 720 000 Mitglieder der Christlich Demokratischen Union, 160 000 Mitglieder der Christlich Sozialen Union, über 200 000 Mitglieder der Jungen Union, insgesamt 1 Million Mitglieder der Union zu mobilisieren und mit dieser 1 Million Mitglieder wirklich unsere Ideen im deutschen

Volke zu verbreiten. Wenn die Partei nicht mobilisiert ist, wenn nicht jeder einzelne von uns bereit ist, umzusetzen, was wir uns inhaltlich erarbeitet haben, dann wird alles andere auch nur eine halbe Sache sein.

Die Beschlüsse der Partei werden nicht für die Festtage oder nur für die Parteitage gefaßt. Seit 1975 hat die Partei z. B. wichtige familien- und frauenpolitische Entscheidungen gefällt. Ich finde, es ist ein großartiges Ergebnis für diese Partei, daß wir in den ersten drei Jahren unserer Regierung alle wesentlichen familien- und frauenpolitischen Entscheidungen, die diese Partei seit dem Mannheimer Parteitag 1975 beschlossen hat, in die Tat haben umsetzen können. Die Beschlüsse, die wir damals gefaßt haben — Erziehungsgeld, Anerkennung der Erziehungsjahre, Partnerrente mit Bedeutung für das Scheidungsrecht, für die Hinterbliebenenversorgung — sind keine Makulatur gewesen; diese Beschlüsse sind umgesetzt worden in Regierungsentscheidungen, in Parlamentsentscheidungen. Ich glaube, was die Regierung und die Bundestagsmehrheit hier gemacht hat, das müssen wir auch an der Basis tun, in den Kommunalparlamenten, in den Stadträten, in den Gemeinderäten, in den Landesparlamenten.

Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir so verfahren, wird dieser Wahlkampf ein Wahlkampf sein, dessen Ergebnis es uns ermöglicht, unsere Politik weit über diese Legislaturperiode hinaus durchzusetzen.

Alfred Dregger

Gegenüber unserer Leistungsbilanz wirkt die Opposition mitleidserregend

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger erläuterte vor dem Bundesausschuß den Rechenschaftsbericht der Fraktion, den wir im nächsten UiD als Dokumentation veröffentlichen. Wörtlich sagte Dregger:

Das Blatt hat sich gewendet. Der Schutt, den uns die Sozialdemokraten hinterlassen haben, ist weitgehend weggeräumt. Die Aufräumarbeiten haben uns von seiten der Opposition und der Verbände viel Kritik eingetragen.

Aber jetzt werden die Erfolge sichtbar. Auch die Blinden und Halbblinden merken es. Die Haushaltsdebatte hat gezeigt: Wer im Angriff ist, das sind wir; und wer in seiner Konzeptionslosigkeit einen geradezu mitleidserregenden Eindruck macht, das ist die SPD.

Das, was die Sozialdemokraten verloren hatten, wir haben es zurückgewonnen:

- solide Staatsfinanzen,
- stabiles Geld,
- wachsende Realeinkommen,
- wachsende Beschäftigung.

Die amtliche Statistik der EG („Eurostat“) zeigt, die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl ist die erfolgreichste in Europa.

Das bedeutet: 1985/86 + 500 000 Arbeitsplätze netto. Uns ist es gelungen, den Generationenknick und Ausfälle in schrumpfenden Branchen voll auszugleichen und zusätzlich einen Nettozuwachs von 500 000 Arbeitsplätzen zu erzielen.

Im Umweltschutz sind wir Vorreiter in Europa. Die EG hat uns gebremst. Auto-

nom hätten wir die Schadstoffgrenzen noch enger gezogen. Aber die EG hat uns auch geholfen. Ohne sie hätten unsere Nachbarn die Schadstoffgrenzen nicht eingeführt, die jetzt auch für sie gelten. Da der Wind weht, wie er will, hilft das auch unserem Wald.

Gegenüber dieser Leistungsbilanz der Regierung wirkt die Opposition geradezu mitleidserregend. Die traurigste Figur von allen macht ihr Kanzlerkandidat.

Weiß er wirklich so wenig, wie er sich im Express-Interview dargestellt hat? Oder will er den Leuten etwas vormachen? Im eigenen Land hat er soziale Leistungen rigoros gekürzt. Wer sich so verhält, der kann sich nicht vor der deutschen Öffentlichkeit als Wunderheiler aufspielen, der das Manna unbezahlbarer Wohltaten vom Himmel regnen läßt.

Raus Verhalten gegenüber Ibbenbüren hat die ganze Verlogenheit sozialdemokratischer Umweltpolitik sichtbar gemacht.

Rau ist aber nicht nur sozial- und umweltpolitisch unglaubwürdig. Für seine Finanzpolitik gilt das gleiche. Sein eigener Finanzminister hat ihm den Bankrott vorausgesagt, wenn er so weitermacht. In seinem Brief an Rau heißt es, NRW habe sich in den letzten Jahren Jahr um Jahr um 3 bis 4 Milliarden DM übernommen. Dazu Posser: Es liege auf der Hand, daß das nur wenige Jahre durchhaltbar sei, weil die dramatisch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze geradezu erdrosseln würden, wie beispielsweise in

Brasilien, Mexiko, Polen, aber auch in Bremen und dem Saarland.

Es ist eine bedrückende Vorstellung, dieser für das Kanzleramt offenbar ungeeignete Mann könne die mühsam wiedergewonnene Stabilität unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialordnung wieder in Frage stellen.

Die SPD ist in der Defensive; wir sind im Angriff. Wir dürfen nicht nachlassen. Das muß so bleiben.

Wie in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist es auch in der Außen- und Sicherheits- und Deutschlandpolitik. Auf der einen Seite eine erfolgreiche Regierung, auf der anderen Seite eine Opposition mit abenteuerlichen Plänen und Aktionen. Ihre Nebenaußenpolitik ist illegitim und schadet den deutschen Interessen.

Ein paar Bemerkungen zu unserer Reise in die Sowjetunion:

1. Thema: Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Sowjetunion sieht in uns die wichtigste europäische Macht.

Der zuständige Minister, zugleich stellvertretender Ministerpräsident, bezeichnet die Deutschen als den solidesten Handelspartner der Sowjetunion in der westlichen Welt.

Der in Vorbereitung befindliche 5-Jahres-Plan will den Schwerpunkt auf die Steigerung der Produktivität legen, d.h. nicht erweitern, sondern umrüsten nach den individuellen Bedürfnissen des jeweiligen Betriebes, das können die Deutschen am besten.

Diese Chance werden wir nutzen.

2. Thema: Sicherheit

Was vor Jahren die Nachrüstung, ist jetzt das Thema SDI. Dabei wird wie damals mit allen Mitteln der Desinformation, der Propaganda und des Druckes gearbeitet,

um die westlichen Verbündeten gegen die USA in Stellung zu bringen. SPD und Grüne mögen dafür brauchbar sein, wir nicht.

Wir sind ein ABC-waffenfreier Staat; wir sind nur Opfer, nicht Täter. Wir brauchen den Schutz der USA. Die Präsenz der USA in Deutschland bedeutet, daß sie mit ihrer Existenz für unsere Sicherheit haften.

Bis zu dem Aufkommen der Interkontinentalraketen waren die USA unverwundbar. Kein amerikanischer Präsident wird eine Chance ungenützt lassen, einen solchen Zustand wiederherzustellen.

Unsere Sorge ist ein verwundbares Europa zwischen unverwundbaren Weltmächten. Notwendig ist also eine Einflußnahme durch Mitwirkung.

Sollten Raketenabwehrsysteme aufgebaut werden, was in Washington und Moskau entschieden wird, muß eine Destabilisierung vermieden werden.

In Sicherheitsfragen ist es geboten, gelassen, fest und besonnen zu handeln.

Die sowjetische Seite studiert unsere Entwicklung mit größtem Interesse. Ein wichtiges Mitglied des Obersten Sowjet sagte dem Bundestagspräsidenten, er studiere jede Dregger-Rede mit großer Sorgfalt. Dasselbe sagte mir bei einem Empfang des Deutschen Botschafters der stellvertretende Chefredakteur der Prawda und ein weiterer publizistischer Mitarbeiter des Zentralkomitees.

Am liebsten sind der Sowjetunion natürlich diejenigen, bei denen das nicht möglich ist, die sich aber darum bemühen, Lösungen zu finden, die beiden Seiten gerecht werden.

Ich habe gesagt:

Solange Berlin, Deutschland und Europa geteilt sind, ist ein starkes westliches Bündnis mit den USA für uns unverzichtbar. Nur mit Hilfe der einen Weltmacht

können wir die geographische Nähe der anderen Weltmacht aushalten.

Eine Lösung der deutschen und europäischen Frage ist nur möglich, wenn es gelingt, der Sowjetunion klarzumachen, dass diese von uns erstrebte Lösung auch in ihrem Interesse liegt. Ich habe mich in der Haushaltsdebatte dazu geäußert. Der Text liegt in Moskau vor und wird sicherlich bei geeigneter Gelegenheit auch mit sowjetischen Gesprächspartnern zu erörtern sein.

Die Sowjetunion steht vor gewaltigen Herausforderungen.

Sie muß die Produktivität steigern, was auch bei westlicher Hilfe ohne Wirtschaftsreformen nicht als aussichtsreich erscheint. Vor Reformen schreckt sie zur Zeit aber noch zurück.

Sie muß ihre Führungsposition im kommunistischen Lager gegen die Chinesen behaupten, was um so schwerer ist, je erfolgreicher der chinesische Reformkurs verläuft.

Sie muß der anderen Weltmacht USA militärisch Paroli bieten, was bei ihrem wenig effizienten Wirtschaftssystem ungeheure Kräfte festlegt. In dieser Situation kann es sich die Sowjetunion nicht leisten, eine zusätzliche Front der Konfrontation in Europa zu errichten. Aus dieser Lagebeurteilung heraus bin ich im Grunde optimistisch, was die deutsch-sowjetischen Beziehungen angeht. Wir müssen im ständigen Gespräch bleiben und nach übereinstimmenden Interessen suchen.

In dem Wunsch nach Frieden und wirtschaftlichem Austausch gibt es fundamentale Übereinstimmungen.

Faltprospekt: So werben Sie Mitglieder für die CDU

Für CDU-Mitglieder ist es leicht, erfolgreiche Mitgliederwerbegespräche im persönlichen Freundes- und Bekanntenkreis zu führen.

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 13,— DM
Bestell-Nr.: 6685

**So werben Sie
Mitglieder für
die CDU.**

**Hinweise, Tips und Argumente
für Ihr erfolgreiches Gespräch.**

Walter Wallmann

Hessen beweist es: Aus rechnerischen Mehrheiten werden politische Bündnisse

Weil die Zeit schon fortgeschritten war, äußerte sich Walter Wallmann zu dem Thema, nämlich Rot-Grüne in Hessen, nur skizzenhaft. Der hessische Landesvorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister führte u. a. aus:

Ich möchte zu Beginn sagen, wir müssen die Lage, so wie sie sich darstellt — nüchtern, klar, deutlich schildern, und wir dürfen gleichzeitig nicht den Eindruck aufkommen lassen, wenn wir uns mit dieser Frage befassen, sozusagen mit Schaum vor dem Mund zu sprechen.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß eine undifferenzierte Auseinandersetzung mit dem rot-grünen Bündnis uns nicht hilft, sondern hilfreich ist in vielen Fällen für die SPD. Wir haben das bei einer Reihe von Wahlergebnissen konstatieren müssen.

Ich denke wir müssen deutlich machen, daß es sich hierbei nicht nur um eine landespolitische und parteipolitische Frage handelt, sondern ich wage zu sagen, dies ist eine Frage von staatspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Und ich behaupte — so wie es der Bundeskanzler vorhin schon gesagt hat — überall dort, wo es rechnerisch Mehrheiten von grün und rot gibt, werden daraus politische Mehrheiten. Es wird immer hingeschaut natürlich auf das, was im Mittelpunkt steht, worüber berichtet wird, jetzt also demnächst über die Einführung eines grünen Ministers in Hessen. Was häufig aus dem Blick gerät, sind die Vorkommnisse etwa auf der

kommunalen Ebene. Und wir haben in Hessen festgestellt, daß ausnahmslos, wo es die rechnerischen Mehrheiten gegeben hat von grün und rot, sie genutzt worden sind. Man ist nicht einmal bereit gewesen, uns dort, wo wir jedenfalls die relative Mehrheit haben, etwa den Parlamentsvorsteher zuzugestehen, sondern auch hier ist radikal durchgewählt worden im Sinne der Absprachen von rot und grün. Schließlich darf nicht vergessen werden — und diese Konsequenzen glaube ich werden nicht immer genügend bedacht —, daß ja ausdrücklich in Hessen immer wieder erklärt wird: wir machen eine Gegengewichtspolitik zu Bonn.

Das heißt mit anderen Worten, man verhält sich bundesuntreu. Das ist nicht nur ein Schlagwort, sondern das drückt sich aus in ganz klarer politischer Entscheidung. Ich möchte als weitere Behauptung hier aufstellen und ich denke, dieses läßt sich beweisen, daß die SPD zu einer Aussteigerpartei in der Sache geworden ist. Wer sich überlegt, wieviel Festlegungen in der Sache auf allen möglichen Ebenen in der Vergangenheit erfolgt sind. Festlegungen, von denen man gesagt hat, dies ist unsere grundsätzliche Überzeugung, daran kann es und darf es keine Änderung geben und nun den Kurswechsel mit verfolgt, der muß schon mehr als bedrückt sein.

Machen wir uns auch in diesem Zusammenhang nichts vor. Diese Frage des unglaubwürdigen Verhaltens trifft natürlich in erster Linie die SPD.

Aber es ist auch eine Gefahr für die demokratischen Parteien im demokrati-

schen Staat, wenn man mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber spricht, dann hört man das. Es ist die Frage der Vertrauenswürdigkeit in die parlamentarische Demokratie. Deswegen meine ich auch, sollten wir, wenn wir über diese Frage mit den Bürgern diskutieren, es differenziert tun, nachdenklich tun und gleichzeitig natürlich mit aller Festigkeit Konsequenzen aufzeigen.

Wenn ich sage, die SPD ist eine Aussteigerpartei, dann reicht das über alle Ebenen. Das geht vom NATO-Doppelbeschluss über Fragen der Kernenergie, über die Themen der Müllwirtschaft bis hin zur Bildungs- und bis zur Schulpolitik in Sonderheit.

Wenn man über Hessen redet, dann ist natürlich vor allem die Rede von Herrn Börner und dann sind viele markige Worte und Erklärungen noch im Bewußtsein vieler Menschen. Angefangen davon, daß er gesagt hat, er bedauere, daß es ihm sein hohes Staatsamt verbiete, „dem Kerl eins in die Fresse zu schlagen“ — so die wörtliche Formulierung oder daß er gesagt hat, „früher bei uns auf dem Bau haben wir derartige Angelegenheiten mit der Dachlatte erledigt“ bis hin dazu, daß er die Grünen in die Nähe von Faschisten gerückt hat.

Ich möchte das mit großem Nachdruck hier sagen: Wir haben das niemals getan, wir sollten es auch nicht tun. Wir sollten die Grünen an den Konsequenzen ihrer Politik messen. Wir haben allen Anlaß, dann deutlich zu machen, warum sie ein Verhängnis sind. In allen möglichen Bereichen.

Aber im übrigen: diese Grünen sind eine unglaubliche heterogene Gruppierung — ich weiß, wovon ich rede, da ich ihnen ja dauernd begegne —, das reicht von wertkonservativen Positionen über Tagträumer bis hin zu Marxisten. Wer diese Un-

terschiede nicht macht und nicht gleichzeitig deutlich macht, wie unter dem Einfluß der Grünen sich die Sachüberzeugungen oder Positionen — aus welchen Gründen auch immer — innerhalb der SPD inzwischen gewandelt haben, der wird die Chancen minimieren, Wähler von den Grünen und alte sozialdemokratische Wähler für uns zu gewinnen.

Und das ist unsere große Aufgabe; wir dürfen sie nicht alle in die Ecke stellen mit der Konsequenz, daß sie von uns nicht mehr ansprechbar sind. Wir müssen sie zu uns holen.

Und dieses ist auch möglich. Wir haben solche Wahlergebnisse insbesondere bei den 18.—25jährigen. Es ist für mich das schönste Ergebnis gewesen, daß wir feststellen konnten, etwa in Frankfurt am Main, daß wir einen Zugewinn bei der letzten Kommunalwahl bei den 18.—25jährigen gehabt haben.

Ich will nur wenige Gesichtspunkte noch vortragen; ich habe es vorhin schon gesagt, ich verzichte ganz bewußt auf viele Einzelheiten, die an sich vielleicht von Bedeutung wären. Ich will sagen, zunächst einmal setzt die SPD auf Gewöhnungsvorgänge. Sie setzt auf die Vergeßlichkeit der Menschen und das will ich einmal so ausdrücken: **sie klopft die eigene Partei weich.**

Es ist ja hochinteressant, was etwa die SPD 1982 und 1983 in ihrer Mitgliedschaft gedächt hat. 1982 konnte sie mobilisieren mit dem Begriff: Verrat in Bonn. Von einer zur anderen Nacht landesweit geklebt. Und 1983, so wie in anderen Ländern auch, das ganze Horrorszenearium: 3 Millionen Arbeitslose am Jahresende und dergleichen mehr. Dies hat Wirkungen gehabt. Aber die SPD in ihrer breiten Mitgliedschaft — behaupte ich — ist bis etwa vor einem Jahr in guten, wenn nicht sogar mehrheitlichen Teilen entsetzt gewesen über die Vorstellung, daß es ein

Bündnis, erst ein Tolerierungsbündnis und dann ein Koalitionsbündnis mit den Grünen geben könnte.

Wer etwa die hessischen SPD-Landesparteitage verfolgt, weiß, was ich damit meine. Als Herr Börner zum ersten Mal im Baunatal aufgetreten ist, hat er dort wörtlich formuliert, er wisse, wenn es jetzt zu einem Tolerierungsbündnis komme, daß er damit einen Teil seiner Glaubwürdigkeit aufgeben. Man muß sich das, liebe Freunde, einmal vorstellen. Das ist sozusagen der Rechtfertigungstatbestand dafür, daß man das Gegenteil von dem macht, was man den Menschen vorher versprochen hat.

Das setzt sich immer weiter fort bis zur heutigen Diskussion, in der ein Mann wie Börner erklärt, ja nun, dann gebe es eben eine Mehrheit von SPD und Grünen und die Bürgerinnen und Bürger wollten das ja.

Er hat völlig vergessen oder er will die Menschen vergessen machen, daß er ganz eindeutige Erklärungen abgegeben hat, nämlich nicht mit einer Stimme eines Grünen werde er sich jemals zum Ministerpräsidenten wählen lassen.

Wir sehen, was sich dort vollzieht inzwischen in der Energiepolitik, im Straßenbau, bei den Justizvollzugsanstalten, bei der Müllverbrennung, alles wird beiseite geräumt, woran man bis dahin geglaubt hat. Es gibt unglaubliche Finanzmittel, um die Grünen gefügig zu machen. Die Grünen selbst erklären, daß sie alleine 1983 270 Millionen Mark — wie es bei ihnen heißt — an „Staatsknete“ für alle möglichen alternativen Gruppen bekommen hätten.

In den nächsten Tagen wird ein Nachtragshaushalt beraten. Ein Nachtragshaushalt, um den Minister, der von den Grünen gestellt wird und zwei grüne Staatssekretäre, finanzieren zu können. Vielleicht hat der eine oder andere zur

Kenntnis genommen, als es um diese Koalitionsfrage ging, daß die SPD durch ihren Fraktionsvorsitzenden erklärt hat, es sei ihr nicht zuzumuten, einen der ihren aus dem Kabinett zurückzuziehen. Also wurde das Kabinett erweitert. Das ist auch der Grund, weshalb es diesen Nachtragshaushalt jetzt geben muß. Wenn man sich das anschaut, was dort nun vorgesehen ist, dann gibt es also 88 Stellen, von denen sind 40 neu. Von diesen sind 20 von A 15 an aufwärts besoldet, von B 3 bis B 6 wird es sechs Positionen in diesem neuen Ministerium geben. Ich bin ziemlich sicher, daß die Landespersonalkommission sehr beschäftigt werden wird in den nächsten Wochen, weil einfach die Voraussetzungen im Regelfall nicht vorliegen werden. **Das interessiert ja auch nicht, sondern man will Menschen mit entsprechender Gesinnung in diesem Staat, den sie verändern wollen, unterbringen.**

Ich habe auch mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß z. B. zwei neue Kraftfahrzeuge angeschafft werden und daß der neue Minister erklärt hat, für ihn könne es nur ein Mercedes-Benz sein, einen anderen wolle er nicht fahren, denn aus seiner Taxifahrer-Zeit hätte er doch inzwischen erfahren, daß Mercedes-Benz das beste Auto sei. Interessant ist auch, daß man z. B. auch auf ein Auto-Telefon im Werte von 16000 Mark natürlich nicht verzichtet. Vergleichen Sie dieses mit der Situation, die wir vorfanden, als sie zum ersten Mal in die Parlamente gekommen sind. Wie sie sich dargestellt haben — vom Äußeren angefangen —, wie sie die sogenannten Etablierten beschimpft haben und wie sie sich heute in entsprechender Weise längst angepaßt haben, dann wissen wir, womit wir es zu tun haben.

Zu dieser Situation gehört auch die Entwicklung in der Medienpolitik in Hessen. Die ganze Kernenergiepolitik hat Konse-

quenzen gehabt, angefangen mit den ständigen Untersuchungen, die in Auftrag gegeben worden sind, bis hin zu den Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden mußten. Es ist vorhin hier gesprochen worden über Ibbenbüren im Zusammenhang mit Buschhaus. Ich darf Ihnen sagen, die größte Dreckschleuder haben wir in Hessen, Gott sei es geklagt, nämlich in Borken. Und dort wird viermal soviel Schwefeloxyd ausgestoßen wie nach der Großfeuerungsanlagenverordnung erlaubt ist, und zwanzig Mal soviel wie es in Neuanlagen sein darf. Die Preußen-Elektra hat seit einiger Zeit die Forderung gestellt, dort ein Kernenergiewerk bauen zu dürfen. Dieses wird vom Tisch geschoben.

Wir hatten vor einer Woche einen Landesparteitag. Wir haben dabei alle möglichen Repräsentanten — unter anderem auch den Vorsitzenden der VEBA — als Diskutanten gehabt, und es war interessant, was er uns dazu gesagt hat. Mit einfachen schlichten Worten, daß dieses Unternehmen sich aus Hessen verabschieden wird, wenn diese Politik so weiter geht.

Das drückt sich auch aus im Ausländerrecht. Ich bin der Auffassung und ich glaube, ich habe einige Erfahrung, daß wir im Ausländerrecht und im Demonstrationsstrafrecht dringlich Novellierungen benötigen. Wir sind zu einem guten Teil schlicht und einfach vor Ort überfordert. Und wenn man vom Ausländerrecht redet, meine lieben Freunde, weiß ich,

mit wem man sich dabei auseinanderzusetzen hat. Und ich empfehle uns, tief zu pflügen in der Argumentation und deutlich zu machen, daß wir denjenigen, die hierher kommen, zum Schluß Steine statt Brot geben, weil daß, was wir soziale Integration nennen, de facto nicht mehr geleistet werden kann. Wir dürfen nicht einfach tatenlos zuschauen angesichts einer zunehmenden Unsicherheit in unserer eigenen Bevölkerung. Ich gebe zu, daß es regional verschieden ist. Es ist sogar in den Städten verschieden. Ich will nur ein Datum in diesem Zusammenhang hier vortragen.

Wir haben in Frankfurt Schulen mit 70—80 Prozent Ausländeranteil. In einem Falle in einer Klasse 95 Prozent, und sie kommen aus 31 Nationen. Wir als Stadt finanzieren 204 Lehrer, obwohl das gar nicht unsere Angelegenheit ist, weil wir allein gelassen werden von der Landesregierung.

Und man mag sich vorstellen, was die Eltern angesichts einer solchen Lage über uns alle denken, denn die Gefahr, in einen Topf geworfen zu werden, ist groß genug.

Herr Bundeskanzler, ich schlage vor, daß ich an dieser Stelle Schluß mache. Ich hatte mir vorgenommen, nicht länger als zehn Minuten zu reden, zwölf Minuten sind es geworden. Wenn wir in der Diskussion darüber miteinander diskutieren wollen — ich sage es noch einmal —, stehen meine Freunde aus Hessen und ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Menschenrechtserklärung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Antrag von Generalsekretär Heiner Geißler für die Mitglieder des Präsidiums der CDU an den Bundesausschuß der CDU am 9. Dezember 1985

Die Menschenrechtserklärung wurde vom Bundesausschuß der CDU einstimmig gebilligt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Weltweite Verletzung der Menschenrechte

37 Jahre nach Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bieten die weltweiten Verletzungen der Grund- und Freiheitsrechte ein bedrückendes Bild.

Mehr als 3,1 Milliarden Menschen — zwei Drittel der Weltbevölkerung — leben in politischen Systemen, die ihnen die Menschenrechte, die Achtung der Menschenwürde, die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit vorenthalten.

Zahllose Menschen werden in über 100 Staaten der Welt in Militärdiktaturen, in autoritären Systemen und in kommunistischen Diktaturen durch staatliche Gewalt wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen, wegen ihrer Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Zugehörigkeit verfolgt, ihrer Freiheit beraubt, mißhandelt und getötet.

Die christlich-demokratische Verantwortung für die Menschenrechte

Würde und Leben des Menschen sind unantastbar. Nach christlichem Verständnis

verdankt der Mensch seine Menschen- und Freiheitsrechte nicht sich selbst, sondern Gott.

Deshalb achten wir jeden Menschen als eine einmalige und unverfügbare Person. Unser christliches Menschenbild verlangt von uns, das Leben und die Würde des Menschen, auch des ungeborenen, zu schützen und uns für die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte einzusetzen.

Dies gilt in besonderem Maße für das Recht auf Leben, die Freiheit und Sicherheit der Person, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, die Freizügigkeit und die Meinungsfreiheit.

Aber nicht nur Unfreiheit und Rechtlosigkeit sind Quellen menschlichen Leids, sondern auch menschenunwürdige Lebensbedingungen, soziale Not, Armut und Hunger verletzen die menschliche Würde.

Wir Christliche Demokraten treten daher nicht nur für den Schutz des einzelnen vor staatlichem Machtmißbrauch ein. Wir fordern auch wirtschaftliche und soziale Bedingungen für ein menschenwürdiges Dasein.

Als Deutsche haben wir eine besondere Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten

Als Deutsche tragen wir eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung und Erhaltung der Menschenrechte. Dies gilt besonders für unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands. Wir wissen, wohin Gewalt und Terror und wohin das Schweigen über Diktatur und Unmenschlichkeit führen können. Von deutschem

Boden soll nie wieder Krieg ausgehen; aber wir wollen auch keine Diktatur auf deutschem Boden.

Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im freiheitlichsten und friedlichsten Staat, den es in Deutschland je gegeben hat. Dies verpflichtet uns auch für die Zukunft, uns gegen Krieg und Diktatur, für Frieden und Freiheit einzusetzen.

Ohne Menschenrechte kann es keinen wahren Frieden geben

Frieden bedeutet für uns Christliche Demokraten mehr als das Schweigen der Waffen. Wahrer Frieden ist erst dann möglich, wenn die Menschenrechte verwirklicht sind. Frieden auf Kosten der Menschenrechte ist ein Scheinfrieden. Deshalb darf in einer Welt, die um den Frieden ringt, der Kampf um die Menschenrechte nicht fehlen.

Politik für die Menschenrechte dient dem Frieden und ist daher von der Friedenspolitik nicht zu trennen. Deshalb gibt es auch keinen Gegensatz von Menschenrechtspolitik und dem Ziel der Entspannung. Wir Christliche Demokraten sprechen auch im Ost-West-Dialog über Grund- und Freiheitsrechte. Wir wissen, daß die eigentlichen Ursachen der Spannung zwischen Ost und West in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur begründet sind.

Die Freiheit der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland bleibt ein Signal der Hoffnung für alle jene Menschen, denen sie vorenthalten wird und die sich nach ihr sehnen. Wir würden die Menschen, die in Unfreiheit leben, in tiefe Hoffnungslosigkeit stürzen, wenn wir nicht mehr bereit wären, für die Ideale der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenwürde einzutreten.

Die Menschenrechte sind unteilbar

Für uns Christliche Demokraten gelten die Menschenrechte weltweit und sind unteilbar.

Wir verurteilen deshalb sowohl die Unterdrückung der Menschen durch die Linksdiktatur der Sandinisten in Nicaragua als auch durch die Rechtsdiktatur Pinochets in Chile; wir verurteilen ebenso die Menschenrechtsverletzungen in den kommunistischen Diktaturen des Ostblocks. Wir fordern die Sowjetunion auf, den Völkermord in Afghanistan zu beenden.

Wir fordern die Verantwortlichen in Südafrika auf, die Apartheid zu beseitigen.

Unser Engagement gegen Menschenrechtsverletzungen richtet sich nach der Schwere des Unrechts, und nicht danach, in welchem Land sie stattfinden. Wir treten ein für eine Menschenrechtspolitik ohne Ansehen des betroffenen Staates.

Unsere Forderungen für die Menschenrechte

1. Wir fordern alle Unterzeichnerstaaten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und deren Folgedokumente auf, die Grundsätze und Bestimmungen dieser internationalen Vereinbarungen uneingeschränkt anzuwenden und einzuhalten.
2. Wir rufen alle Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland in Staat und Gesellschaft auf, sich am Tag der Menschenrechte auf das gemeinsame Fundament unseres politischen Handelns zu besinnen, wie es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes verankert ist: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu ach-

ten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

3. Wir fordern alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf, diejenigen Menschen zu unterstützen, die sich in ihren Ländern gegen die Unterdrückung von Freiheit und Menschenrechten wenden. Je mehr sich die Verantwortlichen in den westlichen Demokratien für diese Menschen öffentlich und nichtöffentlich einsetzen, desto wirksamer sind sie im eigenen Land gegen die Willkür der dortigen Machthaber geschützt.
4. Wir fordern die Bundesregierung auf, regelmäßig einen Bericht über die Menschenrechte zu erstellen.
5. Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, auf der Grundlage dieses Berichtes der Bundesregierung regelmäßig eine Menschenrechtsdebatte zu führen.
6. Wir appellieren an die christlichen Kirchen, in ihren Einsatz für den Frieden und für die Gerechtigkeit auch immer den Schutz der Freiheit und der Menschenrechte miteinzubeziehen.
7. Wir fordern die Lehrer an unseren Schulen und Hochschulen auf, in Unterricht und Lehre über den grundsätzlichen Zusammenhang von Frieden und Freiheit aufzuklären.

CDU Partei für die Menschenrechte

Der Schutz der Menschenrechte ist tief in der geistigen und politischen Tradition der CDU verwurzelt.

Wir werden dafür eintreten, daß besonders bei unseren jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Verständnis dafür wächst, daß Freiheit und Menschenrechte nicht selbstverständlich, sondern an sehr zerbrechliche Voraussetzungen gebunden sind. Wir wollen daher ein neues Bewußtsein dafür schaffen, daß die Menschenrechte in unserer Gesellschaft ein besonders hohes Gut sind. Wir Christlichen Demokraten sehen es als unsere Pflicht an, die Menschenrechte zu achten und zu verteidigen.

Wir unterstützen die Bemühungen für einen stabilen und gerechten Frieden in der Welt. Deshalb begrüßen wir die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den Supermächten und die Einbeziehung der Menschenrechtsfrage in diesen Dialog.

Wir halten eine zweite Form der Abrüstung für dringend erforderlich. Über die Abrüstung der Waffen hinaus, die das Ziel hat, eine kriegerische Katastrophe in der Zukunft zu verhindern, brauchen wir auch eine Abrüstung von Menschenrechtsverletzungen, von Folter, von Unterdrückung und Gewalt.

*Wir wünschen unseren Lesern
ein gesegnetes Weihnachtsfest und
ein glückliches neues Jahr*

Der UiD 1/86 erscheint am 9. Januar 1986

SPD zerstört Gymnasien für Gesamtschulen Rau entfacht Schulkampf in NRW

In Nordrhein-Westfalen ist ein neuer Schulkampf ausgebrochen. Unter Anleitung von Ministerpräsident Rau, dem Vielleicht-Kanzlerkandidaten der SPD und seinem Kultusminister Schwier, der das gegliederte Schulsystem für „antiquiert und überholt“ hält, werden im ganzen Land funktionierende und angesehene Gymnasien und Hauptschulen zerstört, um die von den linken Ideologen bevorzugten Gesamtschulen gegen den Mehrheitswillen der betroffenen Eltern durchzusetzen.

„Ein viergliedriges Schulsystem unter Einschluß der Gesamtschule kann es streng logisch nicht geben; denn die Gesamtschule ist geradezu prädestiniert als Schulform, die die traditionelle Dreigliedrigkeit von Haupt-, Realschule und Gymnasium aufhebt“ (Hansen/Rolff, Materialien zum SPD-Forum Gesamtschule, 17. 9. 1985).

Nach dem Willen der SPD-Regierung Rau soll in Nordrhein-Westfalen nun ganz schnell das gegliederte Schulsystem zerstört werden.

Durch das Schulverwaltungsgesetz sind die Möglichkeiten für kleine Gruppen, die Errichtung von Gesamtschulen zu erzwingen, wesentlich erleichtert worden. Unabhängig von der Größe der Gemeinde reichen 112 Unterschriften von Grundschullehrern bei einer unverbindlichen Befragung aus, um das Errichtungsverfahren in Gang zu setzen. In vielen Städten Nordrhein-Westfalens wird dies zur Zeit praktiziert. Rheine, Münster, Aachen, Viersen, Leverkusen, Ratingen, um nur einige zu nennen.

In der Bundeshauptstadt Bonn hat sich die SPD nun eine besondere Variante einfallen lassen. Hier fordert sie die Auflösung des bilingualen deutsch-französischen Friedrich-Ebert-Gymnasiums.

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hat sich nun entschieden, zunächst lediglich einen provisorischen Standort einzurichten und abzuwarten, ob die Mindestanzahl überhaupt angemeldet wird. Erst dann soll die endgültige Standortbestimmung erfolgen. Entsprechend den Bemühungen der in der Gesamtschulfrage sehr aktiven CDU-Landtagsfraktion will die CDU damit in Bonn deutlich machen, daß „bei zurückgehenden Schülerzahlen nicht die Errichtung neuer Schulen, sondern der Erhalt ortsnaher Schulangebote für die CDU oberste Priorität hat“, erklärte die Bonner CDU-Landtagsabgeordnete Ruth Hieronymi. In einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit sollen die Bonner Eltern über das pädagogische Angebot und die Konsequenzen der Errichtung einer zweiten Gesamtschule in Bonn informiert werden. Wenn die Auflösung eines bestehenden Gymnasiums auch in Bonn verhindert werden soll, ist dies, wie in anderen Städten Nordrhein-Westfalens, nur dann möglich, wenn weniger als 112 Anmeldungen zur Gesamtschule erfolgen.

Die Bonner CDU bekommt inzwischen Rückenstärkung höherer und sogar internationaler Ebene. Jacques Morizet, der französische Botschafter, schrieb an den Bonner Oberbürgermeister:

... Übrigens wäre es unendlich schade, wenn eine solche Maßnahme in einem Augenblick ergriffen würde, in dem höchste Persönlichkeiten der Bundesrepublik

Deutschland wie des Landes Nordrhein-Westfalen die dringende Notwendigkeit anerkennen, den Unterricht der französischen Sprache zu verstärken. Die jüngsten Äußerungen von Herrn Johannes Rau in Paris legen dafür Zeugnis ab.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Pierre Pflimlin hat die Stadt Bonn aufgefordert, das zweisprachige Gymnasium zu retten.

Der Bundespräsident sagte den Schülern und Eltern des Gymnasiums seine Unterstützung zu und Bundeskanzler Helmut Kohl stellte fest: „Die Schließung belastet das deutsch-französische Verhältnis.“

Das hat die Bonner SPD nicht daran gehindert, ihren Antrag auf Schließung des Gymnasiums noch einmal ausdrücklich zu bekräftigen. Inzwischen hat die SPD es sogar auf zwei weitere deutsch-französische Gymnasien in Münster und Düren abgesehen.

Rau war zwar gerade in Paris, um sein europäisches Image mit Hilfe seines sozialistischen Genossen Mitterrand aufzupolieren. Das hindert seine Partei jedoch nicht daran, die deutsch-französische Freundschaft in ihrem Kern zu zerstören, denn wie soll man sich mit seinem Nachbarn verständigen, wenn man seine Sprache nicht lernen darf.

Beschäftigtenzahl stieg auf 25,7 Millionen

Die Zahl der Erwerbstätigen ist auch im dritten Vierteljahr 1985 in allen Wirtschaftsbereichen gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Mittwoch berichtete, waren in diesem Zeitraum 25,717 Millionen Personen in der Bundesrepublik erwerbstätig, das sind 235 000 oder 0,9 Prozent mehr als im dritten Quartal 1984.

Mittelstand und RCDS sprachen über Bildungspolitik

Anlässlich eines Gesprächs zwischen den Bundesvorständen des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) erklären die Vorsitzenden Christoph Brand und Gerhard Zeitel:

Um eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Universitäten aufzubauen, wollen die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und der Ring Christlich Demokratischer Studenten gemeinsame bildungspolitische Grundsätze erarbeiten. Darüber hinaus sollen für gemeinsame Probleme Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Bei einer ersten Zusammenkunft stand neben der grundsätzlichen Erörterung von Fragen der Studienreform sowie der Elitebildung an Hochschulen das konkrete Problem der hohen Akademikerarbeitslosigkeit im Mittelpunkt des Gesprächs.

MIT und RCDS betonen die besondere Verantwortung der mittelständischen Wirtschaft bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen auch für die akademische Jugend. Selbständigkeit müsse als erstrebenswertes Lebensziel von mehr jungen Menschen erkannt werden.

RCDS und MIT wollen an den deutschen Hochschulen bundesweit Informationsveranstaltungen durchführen, um einen stärkeren Austausch zwischen Wirtschaft und Hochschule zu ermöglichen und gleichermaßen Studenten neue berufliche Perspektiven aufzuzeigen. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihen sollen auch Betriebsbesichtigungen und ggf. Praktika angeboten werden.

Bilanz '85
Prognose '86

Beide
positiv

Für Sie: Die komplette
Ferientabelle 1986

Wo kann ich Erzie-
lungsgeld beantragen?

**CDU
extra**



Helmut Kohl

Klarer Kurs

Mit Zuversicht und Optimismus blickt Helmut Kohl auf das Jahr 1986 gehen. Viele Schwierigkeiten haben wir in der vergangenen Zeit bewältigt. Inzwischen befindet sich unser Land wieder auf einem soliden und machbaren Zukunftskurs. In der Wirtschaft geht es deutlich aufwärts. Die Preise sind stabil. Viele Millionen Arbeitsplätze sind gesichert. Die Finanzierung der Bundesregierung ist durch die Arbeitsplätze sicherer geworden. Die Staatseinnahmen sind mehr als 50.000 Menschen finden allein in den letzten 15 Monaten einen neuen Arbeitsplatz, weitere 300.000 werden 1986 dazu kommen. Die Staatseinnahmen sind gestiegen. Und unsere Rentner haben wieder volles Vertrauen in unsere Alterssicherung. Das Neue Jahr bringt zahlreiche Vorteile für Familien, für die Rentner und Arbeitnehmer. Die Maßnahmen für den Umweltschutz werden auch mehr für Menschen und Natur aus. Wir werden unsere Arbeit auf vielen Feldern der Politik und des öffentlichen Lebens auf der Rückbahn

Steuern runter

Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben: Das Steuerentlastungsprogramm der Regierung Kohl von rund 20 Milliarden Mark. Das Steuerentlastungsprogramm 1986/88 läßt Lohn- und Einkommenssteuern zum Maßstab in der Haushaltskasse, vor allem den Berufstätigen mit Kindern. Ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer mit zwei Kindern (Bruttolohn 198 rund 15.000 DM) wird ab 1. Januar 1986 etwa 900 DM weniger Steuern zahlen. Ein lediger Arbeitnehmer (Bruttolohn 41.000 DM) wird mit etwa 630 DM entlastet (1. Stufe = 286 DM, 2. Stufe 1988 = 345 DM). Wir haben mit dem Schuldenzins ab 1 SPD Schuld gemacht. Gewinnen sind die Bürger. Auch in der Steuerpolitik haben wir Wort gehalten. Die weitere Verringerung der Steuerlast bleibt unser Ziel.

Wohngeld rauf

Rund 1,7 Millionen Menschen erhalten ab 1. Januar mehr Wohngeld. Für eine fünfköpfige Familie kann das Wohngeld bis zu 795 DM betragen. Um das Zusammenleben mehrerer Generationen zu fördern, wird ein Familienbeitrag eingeführt. Familien, in denen ältere Angehörige betreut werden, können zusätzlich etwa 45 DM/Monat erhalten. Das Wohngeld durch durchschnittlich um 60 DM pro Monat anheben. Für den einzelnen Wohngeldempfänger wird sich im Durchschnitt der Haushalte der Monatszuschuß um 42 DM erhöhen. Der Höchstbeitrag für die berücksichtigte Angehörige Miete wird um 20% gemindert. Rentner mit hohen Mieten werden deutlich entlastet. Die CDU/CSU hat die Politik auf die Bedürfnisse der Bürger an. Wir betreiben aktive Sozialpolitik.

Familie hat Zukunft

Das Erziehungsgeld ist bei 600 DM jeden Monat – wahlweise für die Mutter oder den Vater. Das hilft den jungen Familien. Für über 500.000 junge berufstätige Frauen lassen sich Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Diese erfolgreiche Familienpolitik ist nicht zuletzt dem bisherigen Familienminister, CDU-Gesundheitsminister, CDU-Gesundheitsminister Heiner Geißler, zu verdanken. Auch nicht-erwerbstätige Mütter erhalten Erziehungsgeld – im Gegensatz zum bisherigen Mutterschaftsausgleich. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub gehen auch für Väter, Adoptiv-, Stief-, Pflege- und Großeltern. Während des Erziehungsurlaubes darf nicht gekündigt werden. Ein Durchbruch in der Forderung, ein Erziehungsgehalt für jedes Kind oder gesetzlichen Rentenversicherung zu berücksichtigen.

(Siehe nächste Seite)

Preise stabil

Die Preise sind stabil wie zu Ludwig Erhard's Zeiten. Lohn- und Rentenobergrenzen werden nicht mehr von der Inflation aufgeblasen. 1982, unter der SPD, haben die Arbeitnehmer den Westlauf gegen Inflation und Steuerprogression (5,3 Prozent Preissteigerungsrate bei 2,9 Prozent Nettolohnsteigerungsrate) gewonnen. Die Preissteigerungsrate ist seit dem Regierungseintritt von Helmut Kohl um mehr als 3,5 Prozentpunkte gesunken. Das ist so gut wie ein 5-tägiger Renten- oder Lohnobergrenze. Unsere Streikbewegung des letzten Jahres hat sich als Kaufkraftgewinn von mehr als 15 Milliarden DM für die Arbeitnehmer und sechs Milliarden DM für die Rentner erwiesen. Der Sachverhaltsbericht zur Begutachtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung sagt für 1986 eine Preissteigerungsrate in Höhe von etwa 1,5 Prozent voraus. Stabile Preise sind gute soziale Politik.

Rente sicher

Die Rentnerinnen sind wieder solide finanziert. Nach aktuellen Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger hat sich die Finanzierung der Rentenversicherung deutlich verbessert. Das heißt: Die Rentnerinnen sind voll, die Renten sind sicher, niemand bekommt weniger als SPD-Zinsen – so gut wie zu SPD-Zinsen – so gut wie zu SPD-Zinsen – so gut wie zu SPD-Zinsen. Das zeigt die Finanzierung der Rentenversicherungsträger ist die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten und die gute Konjunkturlage, die die Beitragsentnahmen stärker ausbauen lassen. Die Regierung Helmut Kohl hat auch die Rente wieder auf eine solide Basis gestellt und langfristig gesichert. Die Rentner können sicher sein, daß ihre Rente pünktlich gezahlt wird. Sie können sich auf Helmut Kohl verlassen. Wir bringen dafür, daß alle ihre Rente bekommen – Monat für Monat!

Umwelt sauberer

Helmut Kohl wird am 1. Januar 1986 durch die Stärkung der Ministerialstellenstruktur verpflichtet. Das ist eine weitere wichtige umweltpolitische Entscheidung der Bundesregierung. Schon jetzt gibt es Umweltschutzmaßnahmen für schädlichen Autos. Dadurch können Ausfuhrer Geld sparen und zugleich auf vielen Feldern der Politik und des öffentlichen Lebens auf der Rückbahn

Unsere Politik: solide und erfolgreich

Van Gerhard Stoltenberg
Mit dem Bundeshaushalt 1986 folgt die Bundesregierung ihrem Kurs der Stabilität, der Grundung unserer Volkswirtschaft und Festigung der sozialen Sicherungssysteme. Wir haben das Wachstum der Ausgaben um 2,2 Prozent begrenzt. Damit schaffen wir Raum für niedrigere Preissteigerungen, niedrigere Steuern, für zusätzliche Steuerentlastungen und damit für eine im Kern soziale Politik. Auch die Nettokreditaufnahme haben wir

deutlich gesenkt. Ohne den Konsum, den wir Ende 1982 eingeleitet haben, wäre die Neuverschuldung des Bundes bereits 1983 auf etwa 30 Milliarden Mark angewachsen. 1986 müssen wir voraussichtlich nur noch 23,7 Milliarden Mark Kredit aufnehmen. So kann in zwei Stufen 1986 und 1988 die große Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik in Kraft treten. Sie umfaßt 20 Milliarden Mark. Dies alles trägt unsere Politik als solide und erfolgreich.



Garant für einen soliden Bundeshaushalt: Gerhard Stoltenberg

Eine soziale Politik für alle Bürger

Van Norbert Blüm
Wie wie die SPD von „Sozialstaat“ reden, der lebt auf einem anderen Stern. Jede neue Mark im Bundeshaushalt wird heute für Soziales gebraucht. Und es wurde mehr Geld für soziale Leistungen ausgegeben. 1985 waren das über 8,6 Mrd. DM. 1982 unter der SPD-Regierung nur 8,52 Mrd. Mark. Wir haben die Grundlagen der Sozialversicherung wieder gefestigt und ihre finanziellen Mittel gestärkt eingesetzt. Denn wir wissen: Zur sozialen Gerechtigkeit ge-

hört nicht nur die Frage, was in der Sozialpolitik ausgegeben wird, sondern auch, wer es bezahlt wird. Wir müssen die Belastungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und Betriebe beachten. Die für die Finanzierung sorgen. So haben wir unseren Kern einer sozialen Politik geschaffen. Ein erster unserer wichtigsten Erfolge: Unserer von 1980 steigt wieder die Zahl der Beschäftigten. Das ist gut für die Arbeitnehmer, aber auch gut für die Sozialversicherung. Bezahlte wird die immer wieder die Zahl der Beschäftigten.



Norbert Blüm: Betriebsrat seit 1960 steigt wieder die Zahl der Beschäftigten.

„Alles Gute '86“, unter diesem Motto hat die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine neue Ausgabe der Zeitung „CDU extra“ fertiggestellt. In ihr sind die Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl kurz und prägnant zusammengefaßt. Genau richtig für CDU-Mitglieder zum Weitergeben und Weitergeben an unsere Mitbürger, damit sich alle von den Erfolgen unserer Regierungspolitik überzeugen können. Ordern Sie deshalb bei Ihrem Kreisverband das neue „CDU extra“-Blatt oder bestellen Sie es direkt beim

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Angebote der Konrad-Adenauer-Stiftung

Tue Gutes und rede darüber! Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

*Auf die Qualität der Argumente kommt es in der Politik entscheidend an. Entscheidend ist aber auch, daß die Argumente bekannt werden. Wie man politische Grundsätze und tagespolitische Entscheidungen überzeugend in der Öffentlichkeit darstellt, zeigt das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung in seinen Trainings **Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich***

Die nächsten Termine:

- 15. bis 18. Januar 1986
- 19. bis 21. Januar 1986
- 21. bis 23. Februar 1986
- 23. bis 26. Februar 1986

Teilnahmebedingungen: Teilnehmerbeitrag 60 DM (Wochenende 40 DM); Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn — Eigenbeteiligung 20 DM); weitere Kosten entstehen nicht.

Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bildungswerk/Schloß Eichholz
Postfach 1331, 5047 Wesseling, Telefon (02236) 707-1

UiD

39-40/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.